

ANFRAGEN an den Bürgermeister

1) Arbeitsgruppe „ARGE City“

GRin. Dr. **Sprachmann** stellt folgende Anfrage:

Dr. **Sprachmann**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kollegen, Kolleginnen! Dass der Alkoholmissbrauch ein eklatantes gesellschaftliches Problem darstellt, ist unbestritten. Doch nicht alles, gegen das unter dem Deckmantel des „Kampfes gegen den Alkoholexzess“ in mehr oder weniger emotionaler Weise der Kampf angesagt wird, ist ausschließlich auf Verordnungsweg gegen Alkoholexzesse zu lösen. Seien auch jene, die jetzt eine Verordnung gegen den Alkoholmissbrauch auf Plätzen und in Parkanlagen einfordern, endlich einmal ehrlich: Sie sehen wahrscheinlich nicht im Alkohol das Problem, sie sehen wahrscheinlich nicht einmal generell in den Menschen das Problem, die nach zu intensivem Alkoholkonsums auf Plätzen und in Parks zu sehen sind. Eine solche Verordnung zielt wohl eher direkt auf eine ganz bestimmte Gruppe von Menschen ab - egal, ob diese jetzt alkoholisiert sind oder nicht. Einer Gruppe von Menschen, die sich eben ganz bewusst anders kleidet und anders gibt, weil diese Menschen anders wahrgenommen werden wollen. Diese Gruppe auf Grund ihres „Andersseins“ in ihrer Gesamtheit als AlkoholikerInnen abstempeln zu wollen, trägt jedoch weder zu einer Versachlichung noch zu einer Entemotionalisierung des Themas bei, wie dies unser aller Ziel sein sollte, wenn wir das oft zitierte Miteinander wirklich ernst nehmen wollen. Ich bitte vielleicht um ein bisschen mehr Aufmerksamkeit, meine Damen und Herren (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*). Nein, im Gegenteil: Dadurch werden gesellschaftliche Unterschiede sogar vertieft, dadurch wird die Ausgrenzung intensiviert, das schürt zusätzlich Ablehnung wie auch Angst und Emotionen.

In diesem Sinne wäre auch eine so genannte Verordnung gegen den Alkohol ein Weg, der in Wirklichkeit überhaupt keinen Lösungsansatz darstellt, sondern auf Populismus fußt. Und das lehnen wir ab.

Dennoch sind wir uns alle auch in diesem Haus der Dringlichkeit dieser Problematik voll bewusst. Und zwar nicht primär oder allein des Alkoholmissbrauchs wegen,

sondern auch in dem Sinne, dass sowohl die Grazerinnen und Grazer als auch Gäste der Landeshauptstadt sich in dieser Stadt wohl fühlen und geborgen, wie auch jenen Bunthaarigen ihr „Anderssein“ zu ermöglichen.

Einiges ist in dieser Hinsicht, speziell was Beschäftigungs- und Sozialprojekte betrifft, bereits passiert. Manches, wie etwa die Lösung einer Raumfrage, ist jedoch noch offen und könnte ganz wesentlich zu einer Verbesserung der Situation beitragen. Vor allem geht es ja darum, die Vielzahl der Ideen zu bündeln und in ein konkretes Projekt zu gießen – doch dazu bedarf es dringend einer Versachlichung.

In diesem Sinne stelle ich daher namens der Gemeinderatsfraktionen von SPÖ, KPÖ und ALG an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

ob Sie bereit sind, angesichts der Dringlichkeit dieses Problemfeldes Ihrer Koordinierungsaufgabe als Bürgermeister nachzukommen und an dem nächsten Arbeitstreffen der ARGE City, die sich dieser Problemstellung annimmt und deren Einladungen Sie bisher leider nicht nachgekommen sind, teilzunehmen, damit unter Beiziehung von ExpertInnen und Betroffenen – abseits eben, noch einmal wiederholt, von jeglichem Populismus – in einem sachlichen Klima konkrete Lösungsansätze erarbeitet werden können (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: So, Frau Gemeinderätin, diese Anfrage werde ich gerne beantworten, weil ich in dieser Frage auch gerne heute hier im Grazer Gemeinderat etwas sagen möchte, nachdem ich es auch in aller Öffentlichkeit getan habe und auch in Zukunft tun werde. Vorweg einmal eine Richtigstellung. Die ARGE City hat mich eingeladen und ich habe die Protokolle der ARGE City ja bekommen, weil die Frau Stadträtin Tatjana Kaltenbeck-Michl in dieser Sitzung vorgeschlagen hat, dass man den Herrn Bürgermeister dazu einladen soll, weil man sich anscheinend des Problems alleine nicht mehr helfen kann und bewusst geworden ist, dass man mehr tun muss (*Applaus ÖVP*).

Zwischenruf StRin. Kaltenbeck-Michl: Das ist unfassbar.

Bgm. Mag. **Nagl**: Und ich werde dort liebend gerne auch hinkommen, möchte aber auch da noch eine Richtigstellung machen. Ich habe eine Einladung bekommen, auf dieser Einladung ist draufgestanden, dass ich hinkommen möge und wenn das aus terminlichen Gründen nicht möglich ist, möge ich einen Vertreter entsenden, das habe ich getan, und Herr Gemeinderat Thomas Rajakovics war in meiner Vertretung bei der letzten Sitzung anwesend, das ist einmal das Erste (*Applaus ÖVP*). Das Zweite ist, und da möchte ich grundlegend etwas sagen, das ist mir so wichtig: Diese Problematik, die wir am Hauptplatz haben und nicht nur am Hauptplatz, egal, wenn der einmal nicht zur Verfügung steht, hast sie einmal im Stadtpark, du hast sie vielleicht einmal am Bahnhof, wir haben das ja alles schon erlebt, im Liebenauer Stadion, wo auch immer, kommt in anderen Städten nicht so vor wie in Graz. Und ich nehme jetzt Wien als ein Beispiel, weil Wien hat ja auch die Möglichkeit, sich selbst gleich Gesetze zu geben, wir leider nicht. Ich habe ja versucht, unserer Polizei einmal eine Handhabe in die Hand zu geben, wo sie vorzeitig agieren kann und nicht immer erst einschreiten, wenn schon was passiert oder wenn, wie im letzten Fall, 2,4 Promille schon wieder da waren und erst dann die Polizei einschreiten durfte, weil es dann plötzlich etwas gegen das Gesetz war. Und in Wien gibt es eine landesgesetzliche Regelung die, und die würde ich gerne in der Steiermark haben, und die bitte, ist in einer sozialdemokratisch geführten Stadt der Fall, also ich verstehe die Aufregung der Sozialdemokratie nicht. Der Bürgermeister Häupl in Wien hat ein Landesgesetz verabschiedet, das aus der Sicht der steirischen Verfassungsjuristen, und deswegen kriegen wir in der Steiermark kein Gesetz, aus der Sicht der steirischen Juristen verfassungswidrig ist. Es gibt nur keinen Kläger in Wien, der das verfassungsrechtlich sich einmal anschauen würde, deswegen hat im Land Steiermark noch niemand eine solche landesgesetzliche Regelung geschaffen, das ist der erste Punkt. Was bleibt uns also übrig, wenn man auch gewisse Grenzen, die hier überschritten werden, regeln möchte, man muss der Polizei das in die Hand geben und da stimme ich Ihnen schon zu, da wird man das eine oder andere Problem damit nicht lösen, aber eines möchte ich weder mir noch meiner Fraktion vorwerfen lassen, dass unsere soziale und christliche Gesinnung und die

Wertschätzungen der Sozialarbeiter nicht da wäre, die machen gute Arbeit, aber auch die stoßen an ihre Grenzen (*Applaus ÖVP*). Deswegen ein Notbehelf, eine polizeiliche Verordnung in der Landeshauptstadt Graz, dass ein solches Einschreiten möglich ist und wenn man mir dann kommt und sagt, na ja, da gibt es auch die Adventmärkte und das ist alles Doppelmoral etc. und mir vielleicht, so wie heute in den Aussendungen vorwirft, das ist Populismus, dann möchte ich zur Antwort geben, es wäre notwendig, dass manche Gemeinderätinnen und Gemeinderäte und auch manche Stadträte einmal wieder das Ohr zum Volks hin richten und sich einmal das anhören müssen, was wir tagtäglich, auch im Bürgermeisteramt, und ich bei jeder Begegnung da draußen, von den Menschen höre. Absolutes Unverständnis darüber (*Applaus ÖVP*), dass das hier der Fall ist und ich habe vorgestern einen Empfang hier im Rathaus geben dürfen, und zwar sind das alle Austauschstudierenden, die in der Stadt Graz sind, die, wie in den vergangenen Jahren auch üblich, einen Empfang des Bürgermeisters erbeten haben und bekommen haben, es waren 38 Nationen hier vertreten, junge Menschen, Studierende, auch Lehrende, die in Austauschprogrammen sind, die haben an mich eine einzige Frage gestellt, sie lieben Graz, es ist eine tolle Stadt, sie kommen gerne wieder hierher, aber es gibt von ihnen überhaupt kein Verständnis darüber, was wir hier am Hauptplatz zulassen. und Sie können es sich auch anschauen, es hat auch eine touristische Komponente, wenn die Menschen am Hauptplatz, unserem Wohnzimmer beim Erzherzog-Johann, bei dem Brunnendenkmal, auf das wir stolz sind, solche Zustände erleben, wie wir sie leider Gottes jetzt jeden Tag erlegen müssen und sie werden nicht geringer, sondern sie werden größer, trotz der Anstrengungen, die ja auch im Sozialbereich getätigt werden. Ja es werden immer mehr, nur ich frage mich dann, Liebe ohne Grenzen, eine grenzenlose Liebe ist gut, aber in manchen Dingen muss man einfach einmal aufzeigen, was nicht mehr möglich ist. Und ich möchte hier auch einmal sagen, was denn insgesamt passiert in der Stadt Graz. Wir tun ja so, als hätten wir für diese Menschen überhaupt kein Ohr und würden ihnen überhaupt nicht helfen. Es gibt die Sozialhilfe, das Wohnungsproblem, da bekenne ich mich auch dazu, wie ich Liegenschaftsreferent war, habe ich ihnen ein ganzes Haus angeboten, in dem sie auch ganz gut betreut wurden, wie es momentan aussieht, weiß ich nicht, aber ich habe auch diese Möglichkeit geschaffen. Die Sozialbetreuung findet statt, die psychologische Betreuung findet statt, Stundenjobs werden ihnen angeboten, wenn sie sie annehmen dort oder da. Sonderprojekte wurden schon gestartet,

Arbeitskreise gibt es dazu, unsere Leute müssen reinigen und zwar nicht nur am Hauptplatz, fragen sie einmal unsere Mitarbeiter von den Wirtschaftsbetrieben, wieso sie mit ihrem geringen Gehalt täglich dreimal um den Brunnen herumfahren müssen und den Dreck von anderen wegräumen müssen, fragen Sie sie wirklich. Unsere Polizei ist abgestellt und steht fast den ganzen Tag da, Sozialbetreuer, die wir haben, befinden sich auch fast den ganzen Tag am Hauptplatz, da wird enorm viel Geld und enorm viel Kraft aufgewendet für diese Menschen, aber es werden mehr, also sage ich Ihnen, dass diese Sozialaktionen, die wir bislang gestartet haben, nicht greifen, vielleicht auch noch zu wenig sind. Sie werden auch immer unsere Unterstützung als ÖVP dabei finden, aber es gibt Menschen, denen du anscheinend auch nicht helfen kannst und für die dann die Spielregeln einer Gemeinschaft auch wieder einmal hergehören. Und diese Spielregeln der Gemeinschaft sind für mich so leicht definierbar, weil es gibt die Freiheit des Einzelnen und die hört dort auf, wo sie die Freiheit der anderen anfangt einzuschränken und es gibt bei mir viele Frauen, ob es junge Frauen sind, ob es ältere Frauen sind, die sich einfach auf dieser Seite des Hauptplatzes nicht einmal mehr vorbeigehen trauen und dort hört dann die Freiheit auch jener Menschen auf, die uns jeden Tag dann diese Schmutzkübeln überlassen, die es dann wieder wegzuräumen gilt (Applaus ÖVP). Ich werde selbstverständlich, und wenn ich nicht kann, auch immer ein Vertreter von mir dorthin kommen, aber ich lasse mir den Populismus nicht vorwerfen, sondern ich möchte dieses Problem in den Griff kriegen und zwar gemeinsam und die Sozialaktionen, noch einmal, es steht auch in unserem Antrag heute wieder drinnen, wir wollen wirksame Maßnahmen, die müssen wirklich greifen, sie greifen nur nicht, es ist nicht besser geworden, es ist mehr Geld da, es beschäftigen sich mehr Leute damit und es ist massiv schlimmer geworden.

Zwischenruf StRin. Kaltenbeck-Michl: Es ist nicht mehr Geld da.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, es sind auch Gelder zusätzlich, wenn ich an die 40.000,- Euro denke, wenn ich zwei Jahre zurückdenke, das sind alles Mehrgelder, die wir schon

beschlossen haben auch im Gemeinderat. Aber ich bitte, doch ernsthaft auch einmal anzuerkennen die Bemühungen der ÖVP, dass wir uns das auch als Kulturhauptstadt Europas, die nach außen hin auch auftritt, wo viele Gäste nach wie vor bei uns sind, einmal dieses Problem anders in den Griff kriegen möchte und da gehört anscheinend durchaus auch einmal die Möglichkeit dazu, für die Polizei vorher einzutreten. Die zwei Polizisten, der eine der ins Krankenhaus eingeliefert worden ist, da werden Sie kein Verständnis mehr dafür kriegen und Sie werden auch kein Verständnis bei seiner Familie kriegen, wenn mit 2,4 Promille da sich einer unten aufführt wie ein Wildgewordener und erst dann kann man einschreiten. Ich würde gerne vorher einschreiten und das für Graz so stark diskutierte Thema, hören Sie genau hin, endlich einmal auch in den Griff bekommen, deswegen gibt es den Vorschlag von uns und ich kann Ihnen versichern, ich bin bereit, weiterhin an allen Diskussionen dazu teilzunehmen (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Kahr:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Die Wortmeldungen vom Herrn Bürgermeister soeben denke ich, dass es keinen Einzigen oder Einzige hier im Haus gibt, die sich nicht Sorgen und Gedanken über die Entwicklung in unserer Gesellschaft macht, gerade was den Missbrauch von Alkohol betrifft. Vor allem schlimm ist es, dass es viele junge Menschen trifft und, glauben Sie mir, das ist mir wirklich nicht egal und ich möchte dort anschließen bei dem Punkt, wo der Herr Bürgermeister gemeint hat, er hat das offene Ohr und er hört tagtäglich die Sorgen und auch die Empörung von der Bevölkerung gegenüber dem Problem der Punks, ich würde das auch benennen, weil ich glaube, es hat keinen Sinn, wenn man das sozusagen, mich stört bei diesem Dringlichkeitsantrag, dass man die Dinge, das sind eben keine Dinge, das sind Menschen, die haben Namen und Gesicht, das soll man auch so benennen (*Applaus SPÖ und KPÖ*). Und diese Eindrücke der Leute sind natürlich unterschiedliche. Glauben Sie mir, ich stehe seit eineinhalb Monaten tagtäglich jeden Tag am Infostand, und das können Sie mir glauben, ich höre dort sehr vieles, auch das ist ein Problem, auch das sagen uns die Leute, die Frage ist immer, wie man erstens diesen Menschen antwortet, keine dieser Leute haben wir gesagt, dass wir das nicht ernst nehmen und dass wir uns nicht bemühen werden, hier auch Lösungen gemeinsam mit allen anderen

Fraktionen hier im Haus zu erarbeiten und auch konstruktiv mitzuwirken. Den Bereich Alkoholmissbrauch, und ich bleibe jetzt einfach bei diesem Wort, das kann man und das sehen Sie vielleicht anders, das ist auch legitim, ich glaube nicht, dass man es mit dieser ortspolizeilichen Verordnung lösen kann. Es kann auch niemand hier im Hause mit einer einzelnen Maßnahme diesem Problem Herr werden, glauben Sie, jeder, der das glaubt, liegt hier einem großen Irrtum auf und ist wirklich naiv (*Applaus SPÖ und KPÖ*). Und ich weiß, das klingt jetzt vielleicht polemisch, aber wenn Sie hier diese Maßnahme setzen, stellen Sie sich das vor, bei dem Gasthaus dort am Hauptplatz 50 Meter weiter drüben ist es mehr oder weniger dann egal, ob ich 10 oder 20 Flaschen Bier trinke und am Hauptplatz, wenn ich am Brunnen sitze, ist es dann nicht mehr egal.

Zwischenruf GRin. Mag. Fluch: Da greifen andere Gesetze.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Missbrauch.

Zwischenruf GRin. Mag. Uray-Frick: Das stimmt ja nicht.

GRin. **Kahr.** Da greifen andere Gesetze, das ist klar, aber das Problem des überhöhten Alkoholkonsums ist dasselbe. Das eine ist ein Wirtschaftsfaktor und das andere ist halt ein Störfaktor. Ich mache damit einen Punkt, weil ich bewusst dieses Thema nicht auf Kosten von jungen Menschen hier emotionalisieren möchte. Deshalb unterstützen wir auch diese Anfrage, weil sie ein Weg aus unserer Sicht in die richtige Richtung ist. Was ich aber auch betonen möchte ist, dass ich mir keinen Arbeitskreis, oder wie immer man das nennt, wünsche, der bis zum

Sanktnimmerleinstag arbeitet, das wünsche ich mir nicht, ich wünsche mir diese Zusammenkünfte mit klaren Zielsetzungen, mit klaren Fristen und mit Ergebnissen, wenn sie auch Kosten verursachen, auch dann finanziert werden können, das muss man nämlich auch dazu sagen und in dem Sinn unterstützen wir das gerne und hoffen, dass auch alle Parteien, die hier im Hause sind, eingebunden werden und konstruktiv mitarbeiten. Danke (*Applaus SPÖ und KPÖ*).

GRin. **Rücker**: Ich bin froh über deine bedachten Worte, Elke, das holt mich auch ein bisschen oba, weil die Emotionen in dem Thema natürlich nicht von irgendwoher kommen, sie kommen auch auf der Form der geführten Debatte und aus der Form der Beiträge, die immer wieder zu dieser Debatte führen. Mir ist wichtig an dieser Anfrage, die heute gestellt wurde, ein Aspekt. Wir diskutieren hier herinnen immer sehr weit weg auch von den Menschen, um die es geht, und es ist wohl der mühsamste Weg und der anstrengendste Weg, über Maßnahmen zu diskutieren und dann womöglich sogar diese Menschen einzubinden, um die es geht, weil das ist zum Beispiel ein konkreter Satz, der in diesem Vorschlag drinnen ist und das halte ich für einen ganz wesentlichen Zugang, den wir in Graz vielleicht lernen werden müssen, wenn wir nämlich schön von BürgerInnen und Beteiligung reden etc. dass wir jetzt nicht hier wieder abgehoben über Maßnahmen diskutieren und reden, was könnte das Beste sein für die armen Menschen, die Hilfe brauchen, sondern dass wir uns wohl die mühsame und anstrengende Auseinandersetzung geben werden mit Menschen, die aus welchen Gründen immer, ob freiwillig oder nicht freiwillig, nicht so leben, wie das allgemeine Normmodell momentan aussieht in einer Innenstadt, die gerne Verkaufsfläche sein soll und natürlich auch attraktiver. Und es heißt nicht, dass wir Grünen dieses Thema nicht ernst nehmen, uns ist das Problem sehr bewusst, uns ist auch bewusst, dass wir, wenn wir für einzelne Maßnahmen schaffen, zwar vielleicht einige vom Hauptplatz wegbringen, wenn eine gesellschaftliche Grundproblematik bestehen bleibt und zunehmend eskaliert, nachkommen werden, das heißt, das Problem wird durch verschiedene Maßnahmen angegangen werden müssen und manche Maßnahmen können wir nicht einmal hier in Graz leider setzen, das sind eben die, wie heute schon sehr deutlich von der Stadträtin gesagt wurde, leider auf bundes- und überhaupt auf gesellschaftspolitischer Ebene zu setzen, wenn

ich das Thema Jugendbeschäftigungslosigkeit, zunehmende Ausgrenzungsmechanismen einmal klar nennen will, dann sind das Gründe, warum Menschen sich an den Rand gedrängt fühlen und dann in die Stadt, ins Zentrum gehen und auf den Hauptplatz gehen und sich dort treffen und dort auffallen. Und lieber Herr Bürgermeister, es gibt in Wien sehr wohl das Problem, es gibt halt dort mehr U-Bahnstationen, die gibt es in Graz nicht, es gibt auch in Wien und in anderen Städten das Phänomen, es ist in Salzburg das Phänomen von einem Platz auf den anderen inzwischen an das Salzachufer gedrängt worden, das Phänomen, dass Menschen sich am Rande der Gesellschaft befinden...

Zwischenruf GR. Schönegger: Nicht vergleichbar.

GRin. **Rücker:** ..und sich dann in die Zentren begeben, wo sie auffällig sind, das ist ein städtisches Phänomen, mit dem werden wir umgehen müssen mit Regeln und Ordnung, die Frage ist immer wer definiert und wer sorgt für die Einhaltung? Und wenn es ein deeskalierendes Moment haben soll, dann würde ich es sinnvoller finden, man setzt mehr Geld ein, um SozialarbeiterInnen oder Leute, die geschult sind im Bereich der meditativen Arbeit, als dass man die Polizei hinstellt, die einen gewissen provokanten Effekt erzielt, auch wenn sie nur dort steht, um die Bevölkerung zu schützen...

Zwischenruf GR. Schönegger: Eigentlich ist die Polizei schuld.

GRin. **Rücker:** ...und Sicherheitsperspektiven zu eröffnen für die Bevölkerung, die dort ist. Das ist mir schon klar, was der Hintergrund ist, aber es ist ein eskalierendes und kein deeskalierendes Moment, wenn man mit Polizei einem Problem Herr

werden will, das einfach eine andere Grundlage hat und es hat keine Grundlage, dass es hier um kriminelle Elemente geht, weil eine Polizei setze ich dann ein, wenn es um Verbrechen geht und um Kriminalität, und hier passiert leider durch diese Debatte eben auch eine Kriminalisierung und damit ist niemandem geholfen und schon gar nicht einer Perspektive in dieser Stadt (*Applaus SPÖ*).

Bgm.-Stv. **Ferk**: Sehr geehrte Damen und Herren! Zuerst bin ich im Grund sehr froh darüber, dass die Vorredner alle zusammen durchaus einen sehr wesentlichen Beitrag zur Versachlichung dieses Themas geleistet haben und ich denke, es ist auch wichtig, dass wir, weil es tatsächlich um Menschen unserer Stadt geht, zu einer Entemotionalisierung bei diesem Thema kommen. Das ist höchst an der Zeit und daher finde ich es im Grund natürlich schade, dass es in diesem Haus, wie so oft leider in der letzten Zeit auch zu diesem Thema keinen Grundkonsens gibt. Ich erinnere natürlich durchaus, dass es schon einige Jahre davor nicht so sehr am Grazer Hauptplatz, sondern im Stadtparkpavillon ebenso die Diskussion um die damals dort befindlichen Punks gegeben hat und ich habe mir gedacht, ohne einmal zunächst zuständig zu sein, ich gehe einmal vor Ort und interessiere mich in Wirklichkeit für die Problembereiche, die damals aufgezählt worden sind und es war in Wirklichkeit dieselbe Diskussion auch in der Öffentlichkeit, Beschwerden der Bevölkerung in der Wahrnehmung der Punks und als man sich näher beschäftigt hat und auch im Austausch mit der Polizei sind wir draufgekommen und konnte man draufkommen, dass manches an Vandalenakten damals im Stadtpark auf alle Fälle nicht von den Punks, sondern durchaus auch von anderen jungen Grazern verübt worden ist.

Zwischenruf GRin. Mag. Fluch: Davon ist nicht die Rede.

Bgm.-Stv. **Ferk**: Das möchte ich einmal festhalten, dass das schon einmal wichtig ist, dass man also eine ganze Gruppe nicht sofort stigmatisiert und ihnen von vornherein auch durch die öffentliche Darstellung und Diskussion jede Möglichkeit der Integration und einer Zukunftsperspektive nimmt.

Zwischenruf GRin. Mag. Fluch: Wer tut das?

Bgm.-Stv. **Ferk**: Und leider, meine Damen und Herren, ich habe mich heute im Städtebund kundig gemacht, und wenn der Herr Bürgermeister dies auch tut, und ich nehme das an, dann wird er möglicherweise, wenn er zu dem richtigen Personenkreis kommt, nämlich zu eurem Antrag von der ÖVP, wahrscheinlich auch hören, dass man hier in rechtlichem Sinn einfach große Bedenken hat. Ich habe sie nicht nur im rechtlichen, ich habe sie auch im moralischen und im inhaltlichen Bereich, weil ich nach wie vor fest überzeugt bin, dass wir dieses Problem nicht durch mögliche Polizeiverordnungen lösen werden, sondern durch die gesamte Anstrengung der Sozialpolitik, der Sozialarbeiter, diesen Menschen eine Möglichkeit, ihnen Freiräume zu geben, die sie offensichtlich derzeit nicht haben (*Applaus SPÖ*). Ich verkenne nicht den Drang der Punks, natürlich auch gesehen zu werden, zu provozieren, alles das wissen wir und in Wirklichkeit muss man auch einmal festhalten, es sind nicht nur junge Menschen, es sind in Wirklichkeit junge Erwachsene, die durchaus auch krank sind, wenn Sie wollen, wie andere in unserer Gesellschaft, auch alkoholkrank und deswegen ist es so besonders wichtig, in einer Frage des sozialen Engagements hier Hilfestellungen zu geben...

Zwischenruf GRin. Mag. Fluch: Tun wir ja.

Bgm.-Stv. **Ferk**: ...und sie nicht an den Rand zu drücken und nicht, jetzt sage ich es einmal populistisch, um eigentlich nur Zustimmung zu erheischen. Ich glaube, dass der Weg in eine Richtung zu gehen hat, sie möglichst zu integrieren und zu akzeptieren ist. Und ich sage auch, alle anderen Gruppierungen außer der ÖVP sehen natürlich, dass es ein aktuelles Thema ist, bekomme selbstverständlich immer wieder auch in meinem Büro diesbezügliche Anfragen der Bevölkerung, aber wenn man sich in der Diskussion auseinandersetzt, dann gibt es eigentlich durchaus auch, wenn man so will, Zustimmung und nicht nur die Auffassung, die heute die ÖVP mit dem Dringlichen verursachen möchte,...

Zwischenruf GRin. Gesek: Zustimmung höre ich nirgends.

Bgm.-Stv. **Ferk**: ...nämlich in Wirklichkeit, Populismus zu erheischen und ein Problem zu lösen, das man niemals in dieser Form, wie euer dringlicher Antrag ist, in dieser Stadt lösen kann (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Edlinger**: Werte Kolleginnen, werte Kollegen, werte Stadtregierung! Es gibt in unserer Stadt eine Gruppe von Personen, die stören die Punks am Hauptplatz, aber mehr hinaus, ich glaube, sie lehnen sie zutiefst ab und sie bezeichnen sie als pöbelnde, randalierende, unwillige und verdreckte Gesellen, sie bezeichnen sie als Gestalten...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Mit welchen Leuten reden Sie?

GRin. **Edlinger**: ...wenn darüber geredet wird, ist da nie mehr von Menschen und von dem grundsätzlichen Aspekt, den man Menschen gegenüber entgegenzubringen hat, egal, wie sie sind und wer sie sind zu hören. Ich glaube nicht und hoffe nicht, dass hier herinnen Vertreter/Vertreterinnen dieser Gruppe, die dieser Meinung sind, anwesend sind, aber dann, ich hoffe es nicht, und dann gibt es eine Gruppe, eine durchaus ernst zu nehmende große Gruppe von Menschen, Sie haben sie zitiert, Herr Bürgermeister, die Angst haben. Sie haben gesagt, Sie bekommen Berichte von Frauen, die Angst haben, am Brunnen vorbei zu gehen und das ist ernst zu nehmen und wir nehmen das auch ernst. Aber es ist die Frage, wie nehmen wir es ernst. Herr Bürgermeister, Sie nehmen es ernst, indem Sie diesen Menschen vermitteln und suggerieren, dass es eine Lösung für ihre Ängste wäre, wenn es eine ortspolizeiliche Verordnung gegen eklatanten Alkoholmissbrauch an Brunnen und Denkmälern gibt. Aber was wäre denn die Folge? Ich gehe jetzt wirklich sachlich auf Ihre Forderung ein, was wäre denn die Folge Ihrer Verordnung? Wir haben dann eine Verordnung, die eben Alkoholmissbrauch am Brunnen verbietet, würden einmal sagen, in einem ersten Schritt könnte sich dann diese Gruppe verlagern zu den Bänken vor dem Pock, das ist dann 10/15 Meter weiter. Dann beschließen wir herinnen vielleicht eine ortspolizeiliche Verordnung, die den Alkoholmissbrauch auf Bänken in der Innenstadt verbietet, dann haben wir eine Verlagerung noch einmal 10 Meter weiter, dann sitzen sie halt am Platz mitten am Hauptplatz. Das heißt, Sie suggerieren, Sie könnten Menschen Ängste nehmen, obwohl das mit einer ortspolizeilichen Verordnung nie und nimmer möglich ist. Ängste nehmen kann man nur, indem man so illusorisch und sozialromantisch das klingen mag, indem man, kennenlernt und auch Kontakt hat. Und Sie mögen das als Sozialromantik bezeichnen, ich spreche aus eigener Erfahrung auch.

Zwischenruf GR. Schönegger: Ist ja nichts Negatives.

GRin. **Edlinger**: Ich gebe das durchaus zu. Ich habe das heute im Klub erzählt, bei einer Veranstaltung, die wir am Hauptplatz gehabt haben, haben wir einen Redner

auf der Bühne gehabt, kommt ein betrunkenener Punk hin und will irgendwie dazwischenschreien und diese Veranstaltung stören. In meiner Funktion als Bezirksgeschäftsführerin habe ich mich verantwortlich gefühlt, einfach die Störung und mit dieser Person in Kontakt zu treten. Was habe ich getan, ich habe mit ihm geredet, er war schwer alkoholisiert, aber er hat mit mir geredet und ich gebe zu, wie ich hingegangen bin, habe ich ein mulmiges Gefühl gehabt, aber es ist für mich wieder einmal die Bestätigung gewesen dafür, dass man einfach auch Gespräche führen kann, dass man kennen lernen kann und dass diese verallgemeinernden Verurteilungen und Pauschalierungen einfach nicht zutreffen. Das Einzige was sie tun mit ortspolizeilichen Verordnungen, ist nicht das Problem lösen, nicht die Ängste reduzieren, sondern in Wirklichkeit wird die Schraube nur nach oben gedreht, weil wenn es dann nicht am Hauptplatz ist, ist es am Jakominiplatz, später am Färberplatz, dann am Griesplatz oder Lendplatz, dann frage ich mich, sind dort die Menschen und die Ängste der Menschen weniger wert, wenn man dort keine ortspolizeiliche Verordnung hat? (*Applaus SPÖ*).

Zwischenruf GR. Schönegger: Deswegen tun wir gar nichts.

GRin. **Edlinger:** Also geht es in Wirklichkeit nur um den Hauptplatz und was hier Menschen stört oder auch nicht. Tatsache ist, und das haben auch alle Vorredner/Vorrednerinnen zum Ausdruck gebracht, dass Verletzungen, Gefährdung anderer Personen von niemandem hingenommen werden. Und dafür gibt es im Staate Österreich auch ein sehr gutes gesetzliches Regelwerk, wie in welcher Form hier ein Einschreiten der Exekutive auch möglich ist, deswegen aus diesem Zusammenhang ist die ortspolizeiliche Verordnung, die Sie vorsehen, nicht einsehbar. Und wenn Sie sagen, Sie wollen vorher einschreiten, bevor was passiert, dann sage ich noch etwas, wenn es darum geht, Ängste ernst zu nehmen. Ich kenne sehr viele Frauen, die fürchten sich, am Abend durch die Stadt zu gehen.

Zwischenruf GR. Schönegger: Weil Glühbirnen herausgedreht werden.

GRin. **Edlinger:** Wenn wir diese Ängste ernst nehmen, und Tatsache ist, dass es auch immer wieder vorkommt in unserer Stadt, dass Frauen in der Nacht von Männern belästigt werden. Wenn wir diese Ängste ernst nehmen und Ihren Vorsatz, dass Sie aktiv werden wollen, bevor etwas passiert und vorher einschreiten wollen, auch so hier anwenden, dann wäre eigentlich die einzig logische Erkenntnis daraus, dass Sie eintreten müssten für eine ortspolizeiliche Verordnung, die ein Ausgehverbot für Männer ab 22.00 Uhr in Graz vorsieht (Applaus SPÖ).

Zwischenruf GR. Schönegger: Super, soviel zur Ernsthaftigkeit.

GRin. **Edlinger:** Das wäre die einzige Möglichkeit, um hier den Frauen bestehende Ängste zu nehmen. Und ich sage das jetzt...

Zwischenrufe unverständlich.

GRin. **Edlinger:** Herr Kollege, Sie haben sich noch nie gefürchtet, wenn Sie durch die Stadt gegangen sind (*Bürgermeister Mag. Nagl betätigt die Ordnungsglocke*), dass Sie von einer Frau belästigt werden. Ich sage das als Beispiel, nicht, um polemisch zu sein, sondern ich bringe es einfach als Beispiel, weil das genauso wenig ein sachlich wirksamer Ansatz wäre, um Ängste von Frauen zu nehmen oder überhaupt das Problem Gewalt oder Belästigung, wie auch immer in den Griff zu bekommen. Und ganz zum Abschluss erlauben Sie mir noch eine Anmerkung, weil

doch immer wieder davon geredet wird, dass diese Gruppe der Punks am Hauptplatz ja anders wäre. Natürlich haben sie einen anderen Lebensstil bis zu einem gewissen Grad, sie haben andere Werte, bis zu einem gewissen Grad, nur in Wirklichkeit, wenn wir genauer drüber nachdenken, entdecken wir durchaus Parallelen, Parallelen durchaus auch zu den Mitgliedern dieses hohen Hauses, wenn ich mir das einfach erlauben darf, durchaus zu allen sozialen Geschichten der Gesellschaft; über den Faktor, wo Alkoholmissbrauch vorkommt, brauche ich hier nicht zu sprechen. Aber ein Beispiel lassen Sie mich zum Abschluss bringen. Herr Bürgermeister, Sie haben davon gesprochen, durchaus sehr emotionalisiert, dass quasi hier mit einer Selbstverständlichkeit von dieser Gruppe davon ausgegangen wird, dass ihr Dreck von anderen weggeräumt wird. Ich verstehe diese Emotionalität Ihrerseits, weil ich nämlich alle drei bis vier Wochen diesen Saal relativ emotionalisiert verlasse, weil, wenn Sie einmal zurückhereinkommen in diesen Saal, nachdem alle Gemeinderäte/Gemeinderätinnen den Saal verlassen haben und sich umschauen, was auf den Bänken liegt und liegengelassen wird, und wenn Sie dann auch noch da draußen in dem Raum im Eck den Müllkübel anschauen, wie der übergeht und was dort alles daneben am Boden und darüber liegt, dann kann ich nur feststellen, dass auch wir herinnen alle mit einer Selbstverständlichkeit davon ausgehen, dass andere unseren Dreck wegräumen (*Applaus SPÖ*).

GR. Rajakovics: Manchmal ist es schwierig, dann wieder sachlich zu werden. Es ist in dem Zusammenhang... (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) geh, Herr Stadtrat, geht ihr gemeinsam hinaus diskutieren, dann kann ich da hier reden in Ruhe. Zum Teil finde ich es ja erfreulich, dass Sozialthemen im Gemeinderat in letzter Zeit häufiger diskutiert werden und es liegt auf Hand, dass genau an diesen Themen Weltanschauungen zusammenstoßen müssen und die stoßen auch hier zusammen. Und die Mehrheitsverhältnisse sind ja eindeutig, auch wenn wir den Bürgermeister stellen können, gibt es keine Mehrheit, die christlich sozial denkt, sondern eben sozialistisch oder links davon (*Applaus ÖVP*). Das heißt, der Unterschied, ich sehe schon die Notwendigkeit und wir haben wirklich bei allen Projekten immer zugestimmt, bei jedem Vorschlag von dir Tatjana, etwas zu unternehmen, soll der Jo Eder noch eingesetzt werden, damit es einen Betreuer gibt,

man schaut, dass man einen Fonds hat, wo man auch Taggeld auszahlen kann und, und, und, also bei jeder Möglichkeit, einer Gruppe auch die Möglichkeit zu geben, sich wieder zu integrieren, waren wir immer dabei. Der Unterschied ist nur für uns, und das war eigentlich oder das halte ich in der Sozialarbeit und bei solchen Projekten auch immer für relativ wichtig, der Deal war für die Leute, die auch davon profitieren, der Deal war, sich so zu verhalten, wie man sich normal verhält. Und jetzt sage ich ein Beispiel, wenn...

Zwischenrufe unverständlich.

GR. **Rajakovics:** Warte, ich erkläre gleich, was ich unter normal verstehe. Wir werden da hier, wir kommen eh nicht zur Übereinstimmung. Ich möchte das nur klarstellen, damit auch, nachdem ja die ganze Presse heute bei dieser Diskussion auch anwesend ist, damit auch die Positionen klar sind, um was es da wirklich geht. Wenn ich heute auch einen nicht gebetenen Gast bei mir zu Hause habe und den einlade und sage, bleibst, kannst ruhig übernachten, Kühlschrank steht zur Verfügung usw., und ich komme wieder nach Hause und mein Wohnzimmer ist angespieen, dann werde ich mir überlegen, ob der Gast noch länger in der Form bei mir zu Gast ist. Das heißt, wenn ich eine Vereinbarung treffe und sage, es soll ein Quartier geben, es soll Unterstützung geben, es soll auch Maßnahmen geben, die der Gruppe ermöglichen, auch stundenweise, wenn es nicht länger ist, aktiv zu sein, dafür wollen wir aber, dass es am Hauptplatz so aussieht, dass nicht überall die Dosen herumkugeln, das nicht man nur angesoffen herumtorkelt, dann ist das der Deal und wenn der nicht eingehalten wird, dann muss man sich irgendwann einmal fragen, ja wenn das nicht reicht und ich will das aber so nicht haben, ganz einfach, ich möchte es bei mir am Hauptplatz so wie in meinem Wohnzimmer will ich es so nicht haben und das muss man, glaube ich, als Stadt Graz (*Applaus ÖVP*), das muss man, glaube ich, auch sagen können und ich bin dafür, dass wir viele Möglichkeiten schaffen, auch den zweiten Arbeitsmarkt. Und Frau Stadträtin hat mir angekündigt, du hast es, glaube ich, heute mit, aber dass es da auch jetzt noch weitere Modelle

geben soll, wo man Möglichkeiten schafft, um Leute mit Defiziten auch wieder in die Gesellschaft zurückzubringen. Das muss ja am Ende immer auch stehen, wenn das Angebot dann letztlich aber auch mit einer Konsequenz, wenn der Rest der Vereinbarung nicht eingehalten wird und da bin ich leider anderer Meinung und wenn der Deal nicht funktioniert, weil er nie eingehalten wird, irgendwann muss ich einmal sagen, ja, wenn das so nicht greift, dann muss ich nach einer anderen Möglichkeit suchen, da kann...

Zwischenruf GRin. Kahr: Sind ja nicht die gleichen Personen.

GR. **Rajakovics:** Ob das, was wir jetzt vorschlagen, die Lösung ist, ja glaubst du, wenn wir genau wüssten, wie man es macht, wenn wir genau wüssten, wie jetzt die Lösung aussieht, dann hätten wir wahrscheinlich auch die gesamte Presse hinter uns, weil dann haben wir eh den Vorschlag und ganz Europa wird zu uns strömen, wir haben ihn auch nicht. Wir wissen, dass Unterstützen ein wesentlicher Faktor ist und da haben wir dir immer zugestimmt, wir haben auch jedes Projekt von dir mitgetragen, es hat nur nicht zu dem Erfolg geführt, den wir haben wollten (*Applaus ÖVP*).

Zwischenruf StRin. Kaltenbeck-Michl: Was definierst du als Erfolg?

GR. **Rajakovics:** Was ich definiere als Erfolg? Dass wenn ich am Montag um 21.00 Uhr herunterkomme von der Sporgasse, ein Würstel esse am Stand und einer der Punks einen Asthmaanfall hat, die etwas, auch natürlich etwas angetrunkene Freundin ihn am Kopf haltet, daneben noch vier andere stehen, die nicht mehr helfen können, weil sie nicht gerade stehen können, ein Saustall rundherum, die Polizei

kommt und fragt, ob sie die Rettung holen soll, angeplärrt wird: „Verschwind, scheiß Kiberer“, dann ist das noch nicht die Lösung des Problems, weil das ist nicht in Ordnung und ich möchte es jetzt zumindest einmal am Hauptplatz in der Form haben und eine Form, dem zu begegnen, glauben wir, ist dieser Vorschlag, den wir haben. Ich würde ersuchen, dass man das jetzt einmal ausprobiert auch, aber bei jedem, immer beim Grenzen setzen und darüber diskutieren ja eh regelmäßig, immer dann wenn es geht, dass man sagt, ok. Maßnahme, Maßnahme, Maßnahme mit einer Konsequenz, wenn dann aber die Konsequenz nicht eintritt und wenn der Deal nicht eingehalten wird, dann sagt ihr, na ja, es ist ja die Gesellschaft, alles andere ist schuld, wir müssen noch einmal einen Schritt weitersetzen, das ist das, wo wir nicht mitwollen und das ist der Unterschied zwischen einer christlich sozialen Sozialpolitik und einer sozialistischen und das wollen wir jetzt auch einmal zur Kenntnis bringen und wenn wir werden heute eh die Mehrheit nicht bekommen für unseren Antrag, wir glauben aber trotzdem, dass unser Weg eigentlich der richtige ist (*Applaus ÖVP*).

Zwischenruf GR. Herper: Das war jetzt plump.

GRin. Mag. **Uray-Frick**: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich sagen, ich bin froh, dass wir emotionalisiert sind im Gemeinderat, denn wenn mir keine Emotionen mehr zeigen würden, dann wäre das eigentlich schlimm und dann wären wir falsch hier in diesem Hause. Denn ich hoffe doch, dass wir alle mit Emotionen und Engagement für unsere Stadt arbeiten. Ich möchte jetzt auf das, ich glaube, der Herr Bürgermeister hat das schon angesprochen, die Frage der Angst. Nachdem ich hier im Hause arbeite, gehe ich zumindestens ein- oder zweimal am Tag dort am Hauptplatz vorbei. Und glauben Sie mir, es sind immer mehr Menschen, die sich effektiv fürchten, dort vorbeizugehen und ich gehöre schön langsam auch dazu. Gestern sind sie gelegen bis vor zur Haltestelle, die Leute trauen sich nicht mehr vorne bei der Straßenbahnhaltestelle stehen. Ob zu Recht oder nicht, das ist ja jetzt gar nicht das Thema, sondern es ist einfach, wenn man diese Menschen, die am Rande der Gesellschaft leben, die sich anders kleiden,

anders geben und die dazu noch betrunken sind, da haben einfach die Leute Angst. Und jetzt frage ich mich, ist es nicht unsere Aufgabe zu schauen, dass wir die wesentlich Mehreren mehr schützen als die, die sozusagen den anderen Angst machen? (*Applaus ÖVP und FPÖ*). Und ich bin durchaus überzeugt davon, dass wir alle das Problem in irgendeiner Form lösen wollen, dass wir verschiedene Zugänge haben, das ist auch durchaus ok, aber man muss doch erkennen, dass all das, was bis jetzt passiert ist, null Wirkung gehabt hat. Wir geben immer mehr Geld hinein und statt vier oder fünf Punker sitzen jetzt 20,25 unten.

Zwischenruf GRin. Gesek: So ist es.

Mag. **Uray-Frick**: Also das muss uns doch zu der Erkenntnis bringen, dass das, was bisher geschehen ist, nicht zielführend ist. Das heißt, man muss, es sagt ja keiner, dass das, was jetzt läuft und was passiert, nicht weiter passieren kann, aber man muss sich zusätzlich noch andere Dinge überlegen und auch das ist heute schon gefallen, immer wenn es darum geht, Grenzen zu setzen irgendjemandem, Regeln zu finden, dann ist das die große Katastrophe. Wir alle brauchen Regeln um miteinander leben zu können und manchmal müssen Regeln eben auch für bestimmte Gruppen getroffen werden (*Applaus ÖVP*) und natürlich sind nicht alle Punker kriminell, aber natürlich setzen sie auch kriminelle Handlungen, liebe Frau Kollegin Rücker, einen Polizisten krankenhaushausreif schlagen ist nicht kriminell, na danke.

GR. Schönegger: Da wird man in Deutschland Außenminister.

Mag. **Uray-Frick**: Und ich möchte auch diese Polemik, die hier immer kommt im Zusammenhang mit dem Tourismus und dass das stört, das ist alles so schrecklich. Es geht nicht nur um den Tourismus und es ist die Innenstadt auch nicht nur eine Verkaufsfläche, sondern der Hauptplatz und die Innenstadt, das sind Plätze, wo die Grazer leben und wohnen wollen, wo sie hinausgehen wollen, wo sie drübergehen wollen, nicht nur zum Einkaufen und da haben auch Menschen ein Recht, dort auf dem Brunnen zu sitzen, die nur sitzen wollen, schauen wollen, den Schloßberg anschauen wollen, die haben alle nicht mehr die Möglichkeit, das zu tun, weil sie Angst haben. Ich sage das noch einmal, und wir glauben auch nicht, dass dieses Alkoholverbot, wir glauben, es sollte, wenn dann auf öffentlichen Plätzen und nicht nur beschränkt auf den Hauptplatz, aber man sollte doch nichts unversucht lassen, um das Problem in den Griff zu kriegen und immer wieder heißt es, man muss das Problem an der Wurzel anfassen. Das wird Graz alleine nicht können und daher muss ich rundherum alles probieren, um dieses Problem in den Griff zu bekommen und später wird der dringliche Antrag kommen, selbstverständlich werden wir diesem Antrag zustimmen, weil wir glauben, man sollte nichts unversucht lassen, um dieses Problem in den Griff zu bekommen (*Applaus ÖVP und FPÖ*).

GR. **Schmalhardt**: Meine Damen und Herren! Ich bin in dieser Frage bei Gott kein Fachmann, aber ein dreifacher Familienvater und ein Großvater. Und dieses gesellschaftliche Problem bereitet mir natürlich auch große Sorgen und es kann die Lösung des Problems nicht die Frage zwischen links und rechts und christlich sozial oder nicht christlich sozial sein, sondern dieses Problem geht uns alle an. Und wir im Haus wissen, dass wir genug Fachleute haben, die dieses Problem lösen könnten. Es geht darum, diese Kräfte zu bündeln und nicht durch Emotionen politisches Kleingeld auszuhandeln. Ich bitte Sie wirklich, das Sachproblem ernsthaft zu betrachten und Sie können mit dem Problem keine Wahl gewinnen, wir müssen diesen Menschen, um die es geht, helfen und nicht sagen, die sind kriminalisiert. Ich bitte wirklich darum, Vernunft walten zu lassen und eine vernünftige Lösung anzustreben. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

GRin. Rücker: Ich möchte schon was klarstellen, Frau Kollegin Uray-Frick. Ich habe nicht gesagt, dass kriminelle Handlungen nicht zu ahnden sind, das habe ich ganz deutlich nicht gesagt und es ist nicht in Ordnung, wenn Leute angepöbelt werden und es ist nicht in Ordnung, wenn Polizisten krankenhausreif geschlagen werden, wo immer, ob das im Fußballstadion ist oder vorne draußen am Hauptplatz. Das ist nicht in Ordnung und da werden Grenzen überschritten, das ist ganz klar festzustellen. Und wie diese Grenzen aber eingehalten werden, wie dafür gesorgt wird, dass Menschen diese Grenzen einhalten, die eben die Freiheit anderer Menschen beeinträchtigen, darüber sind wir unterschiedlicher Meinung. Und da glauben wir eben nicht, dass eine eigene Polizeiverordnung der richtige Weg ist. Ich möchte aber jetzt eher noch einmal auf dich eingehen, lieber Thomas, mit dem eigenen Wohnzimmer, mit deinem Wohnzimmer am Hauptplatz. Ich finde das sehr nett, dass du ein Wohnzimmer am Hauptplatz hast. Wir haben ja von der Frau Kollegin Uray-Frick gehört, dass das allen Grazerinnen und Grazern gehört, also mir ist das ein bisschen zu sehr eingeschränkt, diese Sichtweise vom Rathaus da runter; unser, dein Wohnzimmer und dieses Wohnzimmer sollte nicht verdreckt werden. Die Sprache, die sagt was aus, wie man sie verwendet, unser, euer. Deine Konzepte Tatjana, das ist eure Geschichte, dieses Wegschieben, diese Kindesweglegungen, die dauernd passieren mit Themen, die uns eben doch alle etwas angehen und nicht nur mit dem Die-Polizei-wird-es-schon-richten. Die Tatjana, da geben wir halt noch ein bisschen Geld oder wir geben eh schon zuviel aus und sie bringt trotzdem nichts weiter. In unserem, in meinem Wohnzimmer, das ist doch eine Frechheit. Aber ich möchte noch etwas sagen. Diese Mehrheiten- und Minderheitenproblematik, die angesprochen wurde, da gibt es eine Minderheit, vor der die Mehrheit geschützt werden soll. Demokratiepoltisch halte ich das für bedenklich, wenn eine Minderheit eine starke Minderheit ist und alle Machtmittel besetzt würden, würde ich das sogar teilweise umgekehrt sehen, dann stimmt für mich auch, dass dann die Mehrheit vor der Minderheit geschützt werden muss, aber es gibt auch eine Schutzfunktion, einen Schutzauftrag an die Gesellschaft und es gibt auch eine Verantwortungsauftrag gegenüber jenen, die sich eben nicht in Form eines Gemeinderates, in Form von Medienberichten etc. äußern können, diese auch in Schutz zu nehmen und nicht automatisch zu sagen...

Zwischenruf GR. Rajakovics: Wird doch eh wahrgenommen.

GRin. **Rücker:** Ja, sie werden eh sehr wahrgenommen, ich meine es eh einen super Erfolg von der Provokation von den Punks, dass sie uns so beschäftigen, das finde ich eh einen Super Erfolg. Aber ich tu mir immer schwer mit Argumentationen, man muss die Minderheitenrechte zugunsten von Mehrheitenrechten beschneiden. Aber natürlich, ich will die Eingrenzung auf die Rechte, die Rechtsfrage ist dort zu Ende, wo natürlich kriminelle Handlungen gesetzt werden, das will ich ganz klarstellen und dort gibt es, wie die Elke Edlinger schon klar gesagt hat, da gibt es Möglichkeiten einzugreifen, aber wenn ich will, dass Leute lernen, Regeln einzuhalten, dann wird es nicht die Polizei sein, die es ihnen als Erstes beibringt im alltäglichen Verhalten, das ist nicht der richtige Zugang, tut mir Leid.

StR. Mag. Dr. **Riedler:** Also ich wollte auf Grund meiner recht langjährigen Erfahrungen in diesem Hause Folgendes sagen, und das fällt mir schon sehr stark auf. Solange der Bürgermeister Stingl geheißen hat, haben wir regelmäßig gehört, der Stingl ist schuld, weil da unten mit den Bettlern nichts passiert, weil da unten mit den Punks nichts passiert, weil die da sitzen können. Kaum heißt der Bürgermeister nicht mehr Stingl sondern Nagl, ist ganz wer anderer wieder schuld, dass das nicht klappt. Das ist ja doch eine sehr erstaunliche Haltung, was mich dann noch mehr erstaunt, ist, dass der Landesgesetzgeber jederzeit die Möglichkeit hätte, diese Bestimmungen einzuführen. Es ist überhaupt keine Kunst, weil es gibt eine Mehrheit von ÖVP und FPÖ dort, man muss nicht drauf warten, dass man eine Mehrheit im Gemeinderat kriegt und so weit ist das Landhaus vom Rathaus ja nicht entfernt, dass man das nicht auf beobachten könnte. Ich habe eine ganz andere Vermutung. Im Landtag sind auch die Mitglieder des ÖVP-Clubs viel klüger und wissen, dass diese Maßnahmen so nicht greifen werden, weil sonst hätten sie ja schon längst das getan, was man von ihnen hier verlangt. Es ist also schon eine sehr erstaunliche Ping-Pong-Ball-Mentalität, die hervorkommt und die in Wirklichkeit durch den aktuellen Anlass und die Aufmerksamkeit in den Medien gesteuert ist und weniger durch sachkundige

politische Aktion. Und wenn man jetzt noch feststellt, dass das, was im Rahmen des Sozialreferates getan werden kann, getan wird und zwar in einer hervorragenden Art und Weise durch äußerst engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, dann ist es in Wirklichkeit ein Anlass, die Sozialstadträtin zu loben und nicht, sie zu attackieren. Ich wundere mich, warum Sie das nicht tun, meine Damen und Herren (*Applaus SPÖ*), weil in Wirklichkeit sollten Sie ja erkennen, worum es geht. Es gibt nur zwei Möglichkeiten, entweder der ÖVP-Landtagsklub ist säumig mit einer gesetzlichen Initiative oder sie irren sich. Also die zwei Maßnahmen, da können Sie sich jetzt aussuchen, was Ihnen lieber ist, meine Damen und Herren (*Applaus SPÖ*).

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Keine lange Rede, weil ich ja das Wesentliche schon gesagt habe, nur zwei Anmerkungen. Ich möchte uns, oder ich jedenfalls habe mich daran erinnert, dass wir heute um 12.00 Uhr hier gesessen sind anlässlich einer Ehrung für ehrenamtliche Mitarbeiter beim Roten Kreuz und da hat der Herr Bürgermeister wie so oft zitiert, in dem Fall hat er Voltaire zitiert, und zwar mit folgender Aussage: „Human ist der Mensch, dem der Anblick des Unglücks unerträglich ist und der sich aufgefordert fühlt zu helfen“ (*Applaus SPÖ*). Und noch eine Anmerkung möchte ich gerne machen, der Herr Bürgermeister hat sehr oft in der Öffentlichkeit, aber auch in privaten Gesprächen, und ich denke auch hier, in diesem Rahmen darauf hingewiesen, dass Bürgermeister Stingl für ihn ein großes Vorbild war und sei und auch weiterhin sein wird. Ich möchte mir einfach die Aussage erlauben, ein solches Statement zu diesem Thema hätte Bürgermeister Stingl nie gehalten, wie du es heute gehalten hast (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Potzinger:** Geschätzte Damen und Herren! Herr Stadtrat Riedler hat offenbar da etwas verwechselt. Es wurde nicht Kritik geübt an Bürgermeister Stingl und im gleichen Zug dann wieder an irgendjemandem anderen, sondern es gibt Verantwortungsbereiche,...

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler unverständlich.

GRin. **Potzinger:** ...das war nicht vor meiner Zeit, Herr Stadtrat, ich bin schon länger hier im hohen Hause und Verantwortung trägt hier der Sozialreferent. Das war in der letzten Periode, der Bürgermeister und es ist diesmal nicht der Bürgermeister, das ist bekannt. Die ressortzuständige Stadträtin ist im Übrigen nicht nur zuständig für den Sozialbereich sondern auch für Kinder, Jugend, Familie. Gestern gab es eine unglaublich stark besetzte Fachtagung in der Burg, „Kinder brauchen Wurzeln“. 260 Expertinnen, Experten, Kinderpädagoginnen, LehrerInnen, Ärzte waren dort, um den weltbekannten Gehirnforscher Prof. Dr. Hüter zuzuhören, der hingewiesen hat auf die Bedeutung der emotionalen Entwicklung der Kinder, der Jugendlichen, wie wichtig es ist, Kindern Grenzen zu setzen und ihre Talente zu fördern. Ich vermisse, sehr geehrte Frau Stadträtin, bei diesem sensiblen Thema den Primärpräventivenansatz, die ersten Fachleute bei der Erziehung sind immer noch die Eltern, ist die Familie, wenn es darum geht, wie sich Kinder entwickeln zu leistungsbereiten, leistungsfähigen, aber auch freiheitsliebenden, selbstbewussten Menschen. Wir haben daher auf zwei Ebenen tätig zu sein. Einerseits die Menschen, die offenbar jetzt große Probleme haben und am Hauptplatz sitzen, zu unterstützen, aber auch ihre Talente zu fördern um sie in ein Leben zu führen, wo sie selbstbestimmt, auch durch eigene Leistung, ihr Leben führen können, aber besonders wichtig ist die Primärprävention; bitte denken wir doch an die Erwachsenen von morgen, das sind die Kinder von heute. Dass diese Kinder bestmöglich ihre Talente und auch ihre Verantwortung entwickeln können, dazu brauchen sie auch Grenzen, Grenzen sind notwendig, denn die Freiheit, das haben wir heute schon gehört, des Einzelnen endet dort, wo die Freiheit des Nächsten belastet und eingeschränkt wird. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. **Schönegger:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Damen und Herren der Stadtregierung, Hoher Gemeinderat! Ich werde mich ganz kurz halten, weil wir heute dieses Thema noch einmal diskutieren werden im Rahmen des dringlichen Antrages.

Ich möchte nur einige Dinge klarstellen vorweg. Einige in dem Haus glauben, dass sie zur Generalversammlung der Gutmenschen gehören und die ÖVP gehört zu den bösen Menschen. So ist es nun einmal nicht, das muss man einmal sagen (Applaus ÖVP). Uns ist es immer darum gegangen, und uns geht es nach wie vor darum, diesen Menschen, und um die geht es in erster Linie, am Hauptplatz auch zu helfen und deswegen, der Thomas Rajakovics hat es schon gesagt, haben wir niemals die Zustimmung und die Unterstützung verwehrt, wenn es darum gegangen ist, wirklich Sozialprojekte, die sinnvoll erschienen, zu unterstützen, das haben wir immer getan, meine Damen und Herren (Applaus ÖVP). Das werden wir auch in Zukunft tun, nur jetzt ist es sieben Monate her, im Oktober haben wir diesen Antrag, der heute kommen wird, schon einmal gestellt, damals hat eine Mehrheit von KPÖ, SPÖ und Grün diesen Antrag abgeschmettert mit der Begründung, wir wollen jetzt einmal schauen, ob wir es nicht mit sozialen Projekten in den Griff bekommen. Haben wir gesagt, ok, schauen wir einmal. Heute sieben Monate später kann ich Ihnen zwei Dinge berichten. Erstens 40.000,- Euro hat dieser ganze Spaß gekostet, zweitens, das Ergebnis sehen Sie unten am Hauptplatz. Es ist leider, und es tut mir wirklich Leid, nichts besser geworden, im Gegenteil, es sind mehr Menschen davon betroffen. Meine Damen und Herren, deswegen werden wir heute diesen Antrag einbringen, weil wir einfach eine Maßnahme setzen wollen, dass die Menschen, die Bürger, die sich Sorgen machen das Gefühl haben und auch wissen, dass wir uns darum Gedanken machen, wie es Ihnen geht und wir wollen einen Lösungsansatz einmal präsentieren. Das ist nicht der Weisheit letzter Schluss, das wissen wir schon, nur wir tun wenigstens was, meine Damen und Herren. Bitte kommen Sie heraus aus Ihrem Elfenbeinturm und hören Sie sich einmal an und schauen Sie sich das an, was auf den Straßen am Hauptplatz los ist, meine Damen und Herren. Darum bitte ich Sie, ich bitte Sie, dass Sie sich die Sorgen und Ängste der Menschen anhören und sie auch ernst nehmen. Ich bin überzeugt, dass Sie das auch tun und nur, weil ein Antrag von uns jetzt kommt, den nicht einfach wegzuwischen und sagen nein, den unterstützen wir nicht, das ist ein bisschen wenig, meine Damen und Herren. Ich wünsche mir wirklich, dass wir gemeinsam dieses Problem in Angriff nehmen und falls Sie heute diesem Antrag die Zustimmung verwehren, gebe ich auch eines zu bedenken. Bedenken Sie bitte, wie Sie dann den Menschen erklären, warum Sie das getan haben, bedenken Sie, warum Ihnen ein Haufen Provokateure mehr wert ist

und warum Sie denen nicht die rote Karte zeigen, als die vielen Menschen, die Angst haben vor ihnen. Dankeschön (*Applaus ÖVP*).

GR. Dipl.-Ing. Dr. **Getzinger**: Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist sehr viel Philosophisches hier gesprochen worden, von der Freiheit des Einzelnen, die begrenzt ist durch die Freiheit des Anderen, stimmt natürlich in dieser Allgemeinheit. Die Väter und Mütter unserer Verfassung haben sich darüber sehr viele Gedanken gemacht und haben dann eben die Verfassung und die rechtsstaatlichen Normen Österreichs entwickelt. Dort nämlich gerinnt dieser philosophische Spruch von der Freiheit des Einzelnen, die eben tatsächlich begrenzt ist von der Freiheit des Anderen. Dort sind Freiheitsrechte garantiert, egal welchen Geschlechts, welcher Haarfarbe, welcher Hautfarbe, egal, wie sich diese Menschen kleiden, es ist zum Beispiel auch garantiert, dass man sich kleiden kann, wie man will, innerhalb gewisser Grenzen des Anstandes natürlich. Ein Hauptschuldirektor in Ohlsdorf scheint das nicht gelesen zu haben diese Rechte und versucht, sie anzugreifen. Leider unterstützt vom Landesschulrat vom oberösterreichischen, der ÖVP angehörig, selbstverständlich. Er wird unterliegen, die Nabelfreiheit der Mädchen wird wahrscheinlich weiterhin Recht in Österreich bleiben (*Applaus SPÖ*), sowie auch ein Unterschied gemacht wird in unserer Verfassung zwischen öffentlichem Raum und privatem Raum, Kollege Rajakovics wird das vielleicht noch nachlesen können. Sein Wohnzimmer in Ehren und dort darf natürlich niemand hineinspeiben, wie er sich so degoutant ausdrückt, und er wird das auch mit den Mitteln des Privatrechtes, des Zivilrechtes bekämpfen können, wenn das jemand tut. Anders ist das, lieber Kollege, im öffentlichen Raum und das, wie gesagt, ist auch in unserer Rechtsordnung sehr genau dargestellt, dass man sich dort eben bewegen darf. Noch ist nicht aller öffentlicher Raum, noch ist nichts alles öffentliches Eigentum privatisiert, womöglich im Sinne der ÖVP, aber ich will es nicht so recht glauben, dass die ÖVP im Sinn hat, den Hauptplatz zu privatisieren, sodass auch dort privatrechtliche Vorschriften gelten. Es gelten andere Vorschriften und die sind auch einzuhalten. Auch Alkoholtrinken, meine Damen und Herren, ist in Österreich sage ich dazu, es gibt viele Staaten dieser Welt, wo Alkoholtrinken verboten ist, aber Alkoholtrinken ist in Österreich erlaubt. Die ÖVP auf Nationalratsebene kämpft sehr

vehement für dieses Recht. Sie können sich vielleicht auch an die Auseinandersetzung um die 0,5 Promille erinnern. Die ÖVP hat sehr lange Zeit hinhaltenden Widerstand, die Interessen der Gastwirte im Sinne habend, lang anhaltenden Widerstand geleistet. Auch in der Öffentlichkeit darf man noch Alkohol trinken, alles innerhalb gewisser Grenzen des Anstandes selbstverständlich. Auch das ist kein selbstverständliches Recht in anderen Staaten. Wir, die Mehrheit scheint es hier zu sein im Gemeinderat, verteidigen jedenfalls diese verfassungsmäßig garantierten Rechte. Wenn jemand diese rechtsstaatlichen Regeln bricht, und das ist auch hier mehrfach eindeutig festgestellt worden, dann ist mit den Mitteln des Rechtsstaates auch vorzugehen. Lösbar ist dieses Problem am Hauptplatz, und das ist ein Problem, das anerkennen hier auch alle, ausschließlich, davon bin ich völlig überzeugt, mit Mitteln der Sozial- und Gesundheitspolitik. Sechstens, Herr Bürgermeister, da wende ich mich jetzt sehr persönlich an Sie, darf ich Sie ersuchen, dass Sie nicht die international Studierenden in der Stadt Graz instrumentalisieren für Ihre Zwecke. Sie haben gesagt, dass diese Studierenden, die Sie hier eingeladen haben, aus über 40 Staaten dieser Welt nur ein einziges Anliegen gehabt hätten, wie Sie das festgestellt haben, dieses einzige Anliegen, das würde ich gerne wissen. Also dass ein Studierender sich vielleicht an Sie gewendet hat und das artikuliert hat, das ermächtigt Sie noch nicht, diese Studierenden insgesamt in Geiselhaft zu nehmen und ihnen zu unterstellen, dass das das einzige Anliegen sei (*Applaus SPÖ*). Ich habe als Universitätslehrer sehr viel mit international Studierenden zu tun und diese Studierenden haben sehr wohl auch andere Anliegen, setzen Sie sich intensiver mit diesen Studierenden auseinander. Der Kollege Schönegger von der ÖVP hat gemeint, wir tun wenigstens irgend etwas, Sie kennen das Wort vom blinden Aktionismus (*Applaus SPÖ*).

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Ein paar Anmerkungen der Vorredner haben mich veranlasst, doch mich noch einmal zu Wort zu melden. Die Frau Gemeinderätin Potzinger hat uns erzählt, dass sie gestern, glaube ich, war auf einer Tagung vom Land, zum Thema Kinder brauchen Wurzeln, da ist mir eingefallen, eigentlich wollte ich ja ursprünglich zu dieser Tagung gehen, ich habe aber gleichzeitig Sprechtag gehabt, Sprechtag mit Menschen, die von besonderen Nöten und Sorgen betroffen

sind und habe mir dann gedacht, die konkrete Arbeit und Hilfeleistung für diese Tagung ist für mich vorrangig, vor allem angesichts der Tatsache, dass die letzte Tagung, die ich im Lande erlebt habe, in der Burg, hochrangig besetzt, mit hochrangigen Referenten zum Thema Gender Mainstreaming war, das Ergebnis, das ich dann wahrnehmen musste einen Monat später war der Umgang des Landes, wie wir ihn erlebt haben, zur Hofrat-Grapsch-Affäre. Seither überlege ich mir sehr gut, mir solche Tagungen anzuschauen.

Zwischenruf unverständlich.

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Das ist überhaupt nicht unerhört, es ist nur ein Zeichen dafür, was solche Tagungen für einen Sinn haben. Das eine sind die Sonntagsreden auf Tagungen, das andere ist das Alltagshandeln, wenn es um die konkrete Umsetzung geht (*Applaus SPÖ*). Liebe Sissi, du hast natürlich mit Recht angesprochen, dass Kinder Grenzen brauchen und das ist überhaupt nichts, was uns beide unterscheidet. Ich glaube, dass das die wesentliche Herausforderung von Pädagogik überhaupt ist und dass da unsere Gesellschaft auch vielfach versagt hat aus verschiedensten Ursachen und du hast natürlich mit Recht auch angesprochen, dass die wesentliche Herausforderung darin besteht, möglichst frühzeitig mit präventiven Angeboten anzusetzen, um ein Hinausgleiten, ein Abgleiten, wie immer wir es bezeichnen wollen, oder ein Hineinwachsen in besondere Krisensituationen oder Nicht-Herausfinden aus einer chancenlosen Familiensituation hintanzuhalten. Noch einmal, ich gebe dir da Recht und das ist genau das, was mich im Augenblick so beschäftigt, gerade von der ÖVP-Fraktion, aber auch von vielen anderen ist massive Kritik daran gekommen, dass ich anlässlich einer Pressekonferenz zum Thema Wohnungslosigkeit die öffentliche Äußerung getätigt habe, ich kann mir schlecht vorstellen, dass ich die Sparvorgaben, die jetzt am Tisch liegen, im Sozialbereich einhalten kann. Und ich verstehe nicht ganz, warum das so eine ungeheuerliche Aussage ist, denn Aufgabenkritik ist ja das eine, aber wenn die Aufgabenkritik vier Monate läuft, dann heißt das ja nicht, dass ich inzwischen nicht

Sozialpolitikerin weiterhin bin und politische Botschaften transportieren kann über die Medien. Und ich darf Ihnen erzählen, und so wird es wahrscheinlich vielen anderen gehen und so geht es meinen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, ich sitze seit Tagen über den Tabellen der Aufgabenkritik in meinen Ressorts, im Sozialressort und im Jugendressort. Und jede einzelne Dienstleistung, jedes einzelne Produkt gehen wir Strich für Strich durch und Satz für Satz und diskutieren dazu und wissen Sie, was das alles für Dienstleistungen sind? In erster Linie Präventivangebote für Kinder und deren Familien, in erster Linie und in zweiter Linie Unterstützungsangebote im Sozialamt für Menschen, die von besonderer Not betroffen sind und für die das Streichen unserer Dienstleistungen...

Zwischenruf GRin. Gesek: Wieso ändert sich dann nichts?

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** ...und Angebote bedeuten würde, sie endgültig sozusagen auf die Straße zu setzen und den Kampf ums nackte Überleben auszusetzen. Vor dieser Situation stehe ich. Ich stehe vor der Situation, mich zu fragen, spare ich bei den Jugendzentren ein, schließe ich die Jugendzentren oder spare ich bei der Elternberatung ein, spare ich bei der Familienberatung ein, spare ich bei der Brennstoffaktion ein, kürze ich die Mittel für die Stromzuzahlungen, kürze ich die Mittel für die Mietenrückstände, verschlechtere ich den Zugang oder mache ich den Zugang zur Sozialhilfe noch hochschwelliger, das sind die eigentlichen Fragestellungen und jetzt bin ich dann sehr neugierig, wenn wir dann letztendlich die Prioritätendiskussion haben, die gesamtstädtische, ob du dann auch mit deiner Fraktion auf meiner Seite stehen wirst, wenn ich sage, Präventivangebote zu kürzen, können wir uns nicht leisten, weil sonst haben wir noch mehr Menschen, die nicht hineinfließen in die Gesellschaft. Ich appelliere schon jetzt an dich, mich auch dann zu unterstützen mit konkreten Haltungen und mit konkreten Aussagen. Und ein Drittes möchte ich noch ansprechen, weil natürlich mit Recht gesagt wurde, aber das sagen ja alle Politiker in allen Sonntagsreden, ich kann das schon nicht mehr hören, wir müssen die Sorgen und Ängste der Menschen ernst nehmen. Ich sage es ja

selber auch immer wieder. Aber dann nehmen wir bitte alle Sorgen und alle Ängste gleich wichtig, die Sorgen und Ängste derjenigen, die sich ängstigen vor dieser Gruppe am Hauptplatz, aber genauso wichtige Sorgen und Ängste, die unglaublich anwachsen in dieser Gesellschaft, kriegen wir denn das nicht mit, die sind ja viel existenzieller bedrohlich...

Zwischenruf GRin. Gesek: Aber was tust du dagegen?.

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Was soll ich den dagegen tun, wenn die Bundesregierung eine Pensionsreform beschließt, die hunderte und tausende Menschen mehr als bisher in die Armut drängen wird, was soll denn die Sozialstadträtin dagegen tun? (*Applaus SPÖ*). Was soll die Sozialstadträtin dagegen tun, weil das heute noch Thema sein wird, was soll die Sozialstadträtin ganz groß dagegen tun, wenn die Bundesregierung im Jahr 2003 als Vorgriff auf GATS ein Vergabegesetz beschließt, das dazu führt in der letzten Konsequenz, dass alle sozialen Dienstleistungen letztendlich profitablen internationalen Organisationen übergeben werden, die Profite machen wollen, dann werfen wir die Menschen auf den freien Markt sogar bei den Sozialleistungen, was soll die Grazer Sozialstadträtin dagegen tun? Was soll die Grazer Sozialstadträtin dagegen tun, wenn die Bundesregierung durch eine wachsende Jugendarbeitslosigkeit dafür sorgt, dass die jungen Leute keine Perspektiven mehr haben, sie haben Ängste und Sorgen (*Applaus SPÖ*). Redet's mit den Müttern und mit den Vätern und mit den Großeltern, die kommen und sagen, meine Tochter hat sich hundert Mal beworben und eine einzige Antwort hat sie bekommen und das war eine Absage. Das sind existentielle Sorgen, liebe christlich Soziale, jetzt werde ich wirklich grantig (*Applaus SPÖ*). Und ein Letztes noch, um wieder zum Thema Punks zurückzukommen, wisst ihr, wovor sich gar nicht wenige in dieser Stadt fürchten, dass da plötzlich wieder politische Kräfte stark werden, die sich herausnehmen zu definieren, was normal und was nicht normal ist. Damit zerstören wir die demokratischen Grundrechte und die Menschenrechte (*Applaus SPÖ*). Und immer mehr Menschen in dieser Stadt fürchten sich vor dem Zerfall des sozialen

Friedens und immer mehr Menschen in dieser Gesellschaft fürchten sich vor der wachsenden sozialen Kälte in dieser Stadt und auch in diesem Haus (*Applaus SPÖ*).

GRin. Dr. **Sprachmann**: Es ist bereits sehr viel gesagt worden, einigem kann ich mich anschließen, einigen überhaupt nicht. Für mich stellen sich nur ein paar Fragen noch und zwar, wie soll man Alkoholmissbrauch überhaupt definieren, ab welcher Promillegrenze spricht man von Alkoholmissbrauch und wie umfassend ist die räumlich Schutzgrenze? Etwas, was unbedingt noch zum Ausführen ist und was vielleicht auch die Presse ein bisschen aufhorchen lassen wird, das ist, dass wir seit dem Jahr 1867 einen Grundrechtskatalog haben. Im letzten Jahrhundert sind wir der Europäischen Menschenrechtskonvention beigetreten und ich bin sehr dankbar dafür, weil dieser Katalog eben von den sozialen Grundrechten schützt die BürgerInnen vor Übergriffen auch von der Legislative oder von den Obrigkeiten, und das brauchen wir hier. Eines von diesen Grundrechten ist unter anderem auch die freie Ortswahl, das heißt, jeder Bürger kann sich dort aufhalten, wo er sich eben momentan aufhalten auch will, solange es öffentliche Plätze sind. Wenn eine ortspolizeiliche Verordnung kommen sollte oder Ihrem Wunsch entsprechend, ist diese ortspolizeiliche Verordnung zu allererst auf die Verfassungswidrigkeit und auf die Konformität mit den Grundrechten zu überprüfen. Ich frage mich, liebe ÖVP-Fraktion, liebe FPÖ-Fraktion, ob ihr bei euch keine Juristen sitzen habt, weil ansonsten würde sich hier einige erübrigen. Ich sehe bereits folgende Schlagzeilen in den Medien und zwar: „Bürgermeister Nagl und die ÖVP-Fraktion fordern gemeinsam mit der FPÖ-Fraktion des Grazer Gemeinderates eine verfassungswidrige Verordnung beziehungsweise die Abschaffung eines Grundrechtes.“ Bitte gehen wir hier in Graz nicht so weit, dass wir wie auf Bundesebene soweit sind, dass jedes Gesetz, das verabschiedet wird, vom Verfassungsgerichtshof überprüft wird und dann erst recht umgeschmissen wird. Wollen Sie das für eine Stadt wie Graz auch, unsere wunderschöne Stadt? Überlegen Sie sich das bitte und bevor Sie reden, überprüfen Sie und kontrollieren Sie, bevor Sie etwas machen (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Fluch**: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde mich einfach nach einigen Debattenbeiträgen sehr bemühen sehr ruhig zu bleiben und auch sehr kurz zu sein und möchte mich insofern auch dem Tonfall von Elke Kahr anschließen, die gerade diese Besonnenheit am Anfang dargestellt hat. Ich habe am Anfang gedacht, wir haben es hier mit der Tücke der Geschäftsordnung zu tun, es war nämlich relativ viel davon die Rede, dass ein dringlicher Antrag der ÖVP gestellt werden wird und ich habe mich eigentlich sehr gewundert, weil diverse Behauptungen aufgestellt wurden, was alles in diesem Antrag drinnen sei, das in diesem Antrag einfach nicht drinnen ist, weil weder ist beabsichtigt, dass irgendwelche Sozialmaßnahmen abgestellt werden sollen oder die Punks insgesamt verurteilt und irgendwie weggeschafft werden sollen, aber es war wohl kein Zufall, es ging nicht darum, dass man den Antrag nicht kannte, sondern man wollte es bewusst anders darstellen. Andererseits sind Dinge, die in dem Antrag drinnen stehen, nicht genannt worden, weil in diesem Antrag geht es einerseits um diese Verordnung, die aber bitte keinesfalls irgendwelche Grundrechte berührt, ich kann mich nicht erinnern, dass es ein Grundrecht von Menschen gibt, alkoholisiert zu randalieren und jemanden zu verletzen und darum geht es... Also es kann nicht so sein, dass es eigentlich um ein Problem gegangen ist, dass dieser dringliche Antrag nicht bekannt war, sondern offensichtlich hat man jetzt einfach mit der Anfrage vorher das Thema behandeln wollen, ohne der ÖVP-Fraktion zuzugestehen, dass das Thema dringlich ist, denn wir haben einen dringlichen Antrag eingebracht. Das vorneweg einmal, es ist kein Problem einer Tücke der Geschäftsordnung. Zweitens, ich habe mich schon sehr gewundert über die diversen verbalen Aggressionen hier in der Debatte, über unterschwellige Unterstellungen, wer alles wen wie instrumentalisiert, über die diversen Versuche, wer was wie tut, nur damit er hier möglichst gut dasteht, und in Wirklichkeit haben wir nicht das diskutiert, worum es eigentlich geht, nämlich das Problem, das viele Bürgerinnen und Bürger der Stadt an uns herantragen und konkrete Lösungsansätze. Und auch das war das, was wir versucht haben mit dem dringlichen Antrag, der heute noch kommen wird, anzugehen und vieles, das hier gesagt worden ist, ist für mich einfach durchsichtig, wenn man uns vorwirft, populistisch zu sein, dann muss ich sagen, dieser Vorwurf richtet sich eher an diejenigen, die von was ganz anderem geredet haben, als eigentlich mit dem, was der Bürgermeister angekündigt hat und mit dem, was in dem Antrag drinsteht, gemeint ist (*Applaus ÖVP*). Lassen Sie mich noch etwas dazusagen, keine Frage,

wie Menschen sich kleiden, wie Menschen leben, das sei bitte ihnen überlassen, das ist ja wohl vollkommen klar. Wir alle wissen, dass die Punks aus der Jugendkultur kommen, wir wissen, dass es da auch um die Signalsetzung geht, wir wissen, dass das Teil des Spaßes ist, wir wissen, es sind nicht nur Jugendliche, es sind junge Erwachsene. Es geht um sozusagen eine Entwicklungslinie, die vom Auffallen über das Provozieren zum Bedrohen bis zum Gefährden geht. Und es geht um die Botschaft, die wir hier in diesem Haus hinaussenden in die Öffentlichkeit und da möchte ich jetzt noch einen Punkt ansprechen, der bisher nicht angesprochen worden ist. Es war so die Rede von Punks, so Gelegenheitspunks, das sind durchaus auch Schülerinnen, Schüler, Studenten, Studentinnen, die sehen, da gibt es ein Match da unten auf der Straße, da gibt es Punks, die sich so an der Grenze bewegen und ich denke, dort wo Menschen sich bedroht fühlen, wo sie Angst haben, da sind wir tatsächlich noch an der Grenze, weil diese Ängste mögen objektiv sein, sie mögen subjektiv sein. Es mag vielleicht was passieren, manche Leute trauen sich ganz einfach nicht vorbei, weil sie fürchten, es könnte etwas passieren und das ist noch eine Grenze. Dort wo es dann wirklich um Aggression geht und schwere Alkoholisierung, dort ist es jenseits der Grenze und in diesem Match geht es auch um die ganz klare Botschaft gerade gegenüber den jungen Leuten, die diejenigen sind, die dann oft das Geldtaschel aufmachen und den Punks, wenn sie einen anschnorren dann auch den einen oder anderen Euro geben, das sind die jungen Leuten, schauen Sie sich das einmal an. Die auch ein bisschen besonders Sympathie haben und das ist ja schön, die jungen Leute haben eine soziale Gesinnung, aber in diesem Match ist es genauso wichtig, dass man sagt, da ist die Grenze. Und weil früher, leider die Tatjana ist nicht mehr da, weil früher davon die Rede war, dass es nicht nur Gewalt auf der Straße gibt, sondern auch Gewalt in der Familie, da stimmt der Vergleich mit dem Wohnzimmer dann doch wieder. Denn in der Gewalt in der Familie haben wir inzwischen das Wegweisungsrecht, weil wir sagen, die, die drohen, Opfer zu werden, sind diejenigen, die bitte daheim bleiben können sollen und man weist die weg, die die Täter sind, und genau darum geht es auch auf dem Grazer Hauptplatz (*Applaus ÖVP*). Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es geht um die Grenzziehungen, es geht um die Botschaft, die wir hier hinaussenden und da schauen uns sehr viele Leute mit und es geht darum, dass man gemeinsam Lösungsansätze finden. Danke (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Edlinger**: Liebe Kollegin Fluch, du hast sehr salbungsvoll jetzt am Schluss davon gesprochen, dass es dir und euch darum geht, gemeinsam Lösungsansätze zu finden. Tatsache ist, wenn man gemeinsame Lösungsvorschläge sucht, muss man zuerst einmal gemeinsam in einem ruhigen Rahmen diskutieren, was ist die Lösung, die angestrebt wird. Das war nämlich noch nicht wirklich hier herinnen Thema. Du hast nämlich auch gemeint, wir hätten euren Antrag nicht gelesen. Da ist zum Beispiel der letzte Absatz, dass Ihr auch wirksame Sozialmaßnahmen, die zur Lösung der gegenwärtigen Situation führen, unterstützt. Aber was verstehst du als Lösung? Das ist jetzt am Schluss, da ist es ein bisschen durchgeschimmert, indem du den Vergleich mit dem Wegweisungsrecht gebracht hast. Was ist die Lösung? Ist die Lösung die, wenn der Hauptplatz einfach frei ist von Punks?

Zwischenruf GRin. Mag. Fluch: Wer sagt das?

GRin. **Edlinger**: Wenn du mir zuhörst, dann weißt du, dass ich es als Frage formuliere. Ich versuche nämlich wirklich, deinen Ansatz, den du hier vorgegeben hast, gemeinsam nach Lösungen zu suchen, ernst zu nehmen. Geht es darum, dass einfach gewisse Gruppen, die stören, nicht am Hauptplatz sitzen dürfen, weil Tatsache ist, auch wenn die Punks nur mittelmäßig oder gar nicht alkoholisiert sind, sich normal unterhalten, aber halt einmal wo rufen oder was auch immer, werden sich noch immer Menschen bedroht fühlen, weil eben Einzelne unten anders ausschauen und weil eben, wie du es genannt hast, als mögliche potentielle Bedrohungsbilder in den Köpfen von Menschen entstehen. Das heißt, wir haben auch dann noch immer mit Ängsten zu tun und Tatsache ist, wenn es uns darum geht, gemeinsam zu diskutieren, was soll getan werden oder nicht, dann ist wohl ein dringlicher Antrag, der eine ortspolizeiliche Verordnung fordert, nicht der richtige Schritt, weil selbst du und deine Kollegen haben gesagt, es ist nur eine Lösung, die euch eingefallen ist, ob es wirklich was bringt, weiß man nicht. Ich meine, ist das der Zugang zu Problemen in dieser Stadt, dass man halt schnell einmal schießt und was beschließt und was macht und sagt, ob es was bringt wissen wir eh nicht. Und

Tatsache ist, wenn wir noch so viele Sozialmaßnahmen setzen werden, wenn wir noch so viele Unterstützungsangebote setzen werden, wird es trotzdem immer wieder in dieser Gesellschaft einzelne Menschen geben, die die Annahme von Hilfe und Unterstützung verweigern. Es wird solche einfach geben und das muss man auch akzeptieren und wir können als Politik nicht immer so tun, als ob wir die Lösung oder die Lösungen alle parat hätten und quasi alles, was gewisse Leute stört, mit ein paar Maßnahmen regeln können, die Politik ist einfach nicht allmächtig und wir müssen einfach auch akzeptieren, wenn Leute Hilfsangebote nicht annehmen wollen (*Applaus SPÖ*).

GR. Dr. **Hammer**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat! Ich sehe da etwas, was ich eigentlich im letzten Jahr schon immer wieder beobachtet habe. An Sachthemen kommt es zu einer Diskussion, wobei zwei Extreme auftauchen. Grundsatzpolitik versus Politik als Dienstleistung am Menschen. Wir, die Grazer Volkspartei, machen Politik als Dienstleistung an 230.000 Grazern (*Applaus ÖVP*). Das muss auch einmal den Vertretern der Presse gesagt werden und ich rufe speziell die Stadträtin, und sie ist nicht da, und ich rufe die Kollegen der SPÖ, der KPÖ und der Grünen auf, nehmen Sie bitte nicht die Mehrheit der Grazer in Geiselnhaft, um linkspolitische gesellschaftspolitische Ziele durchzusetzen auf Kosten und gegen den Willen der Mehrheit der Grazerinnen und Grazer (*Applaus ÖVP*). Die Grazerinnen und Grazer haben das Recht, dass ihre Bedürfnisse, haben das Recht, dass ihre Sorgen, haben das Recht, dass ihre Ängste gehört werden und sie haben es nicht verdient, die Grazerinnen und Grazer haben es nicht verdient, dass sie als Figuren in einem linksideologischen Schachspiel verwendet werden (*Applaus ÖVP*). Ich bin aber zuversichtlich, dass wir letztendlich, steter Tropfen höhlt den Stein, dass wir letztendlich auch hier im Gemeinderat die Mehrheit für die Interessen der Mehrzahl von Grazerinnen und Grazern bekommen werden, das habe ich ja auch im letzten Jahr gesehen, dass auch die SPÖ in manchen Fragen lernfähig ist (*Applaus ÖVP*).

StRin. **Monogioudis:** Sehr geehrte Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Es stimmt, dass die Grazerinnen und Grazer das Recht haben, gehört zu werden und zwar in ihrer Gesamtheit. Sie haben auch das Recht, nicht Sand in die Augen gestreut zu bekommen und das würden wir machen, wenn wir ihnen suggerieren, dass wir mit so einer Maßnahme, nämlich Alkoholverbot um den Brunnen, ein Problem lösen würden, also das wäre nicht verantwortlich und so würde ich mit den Bürgerinnen und Bürgern auch nicht reden. Ich werde auch ganz oft auf dieses Problem und ähnliche Probleme angesprochen. Ich werde auch angesprochen auf Bettler in der Stadt, ich frage dann die Leute immer: Und was schlagen sie vor, was wir tun sollen, sie mit der Polizei wegschaffen oder was meinen Sie? Und meistens in einem längeren Gespräch stellt sich dann heraus, dass die Leute überhaupt nicht so sind und die Probleme nicht sehen würden, also das heißt, man soll nicht gleich einmal davon ausgehen, dass jeder damit zufrieden wäre, wenn man sagt, wir schaffen ihnen das Problem aus den Augen und damit ist das Problem gelöst (*Applaus KPÖ*). Ich habe aber in der Diskussion eigentlich vorher auch ziemlich viel Gemeines gehört und herausgehört. Ich denke, es ist uns allen klar, dass es ein Problem ist und niemand hat gesagt, kein einziger Redebeitrag hat das erkennen lassen, niemand hat gesagt, wir sehen es nicht als Problem. Aber die Frage ist, was kann man machen? Und wenn gesagt wurde, trotz aller dieser Maßnahmen sind jetzt mehr Leute unten als vorher, dann würde ich fragen, was wäre geschehen, wenn wir diese Maßnahmen nicht gesetzt hätten? Also wir sollen uns das einmal fragen. Und wir können natürlich in so einem Fall nur schauen, was können wir mit einem Bündel an Maßnahmen verbessern und daher gefällt mir dieser Vorschlag, einen Arbeitskreis einzurichten, der wirklich versucht, das von allen Seiten zu beleuchten, eigentlich sehr gut, weil man kann nicht mit so einer Einzelmaßnahme irgendetwas verbessern. Also wenn wir, und ich gehe davon aus, Ihnen geht es auch nicht nur um den Brunnen, davon gehe ich einmal aus. Ich gehe davon aus, Ihnen geht es auch um diese Szene insgesamt und es kann uns nicht gefallen, wenn junge Leute ihre Gesundheit schädigen, wenn junge Leute sich aus der Gesellschaft ausgeschlossen fühlen, wenn junge Leute für sich überhaupt keine Chancen mehr im Leben sehen, also das alles muss uns schon betreffen. Ich denke, der Weg, der vorgeschlagene, eine Arbeitsgruppe zu bilden ist, glaube ich, sicher derjenige, der noch am meisten Chancen hat, wo man sagt, gemeinsam können wir vielleicht zu möglichen Lösungen kommen, aber eines möchte ich schon noch hinzufügen: Wir

dürfen uns da keiner Illusion hingeben, es wird auf die Kommunen immer mehr an Reparaturarbeit zukommen, wenn die Entwicklung so weitergeht und wenn die große Politik uns diese Probleme schafft, die wir dann mit immer weniger Geld dann lösen sollen (*Applaus KPÖ*).

GRin. **Bauer:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte das Problem noch einmal ganz einfach verdeutlichen, weil ich schon die ganze Zeit auch nicht mehr ruhig sitzen kann, ich denke da, so auf einen ganz einfachen Punkt gebracht. In einer Schulklasse, ich habe 24 Kinder, ein Kind ist vielleicht etwas anders, verhaltensauffälliger, originell kreativ, wie man es auch immer betiteln will, als die anderen 23. Dann trage ich als Lehrer trotzdem die Verantwortung für alle, so sehe ich das Problem mit den Punks ganz gleich, wir sind für alle in der Bevölkerung in Graz zuständig und nicht nur für die Punks und Punker, wir müssen da Hilfestellungen leisten. Das würde ich bei diesem Schulkind auch, ich würde mir professionelle holen, haben wir auch, wir haben Sozialarbeiter eingesetzt und nachher setzt man sich aber gemeinsam zusammen, diskutiert über Maßnahmen, die erfolgt sind. Diese Maßnahmen sind natürlich auch ganz, ganz wichtig, nur muss man dann auch wirklich auch ehrlich und gemeinsam wieder sagen, diese Maßnahmen haben gegriffen und diese eben nicht.

Zwischenruf GRin. Krampl: Schulverbot für das Kind dann?

GRin. **Bauer:** Nicht Schulverbot, wir gehen neue Wege und wird man auch gemeinsam alle Teile ernst nehmen und das heißt, wir sind genauso verantwortlich für unsere anderen Grazerinnen und Grazer und nicht nur für die Punks. Und das ist jetzt im Moment für mich nicht mehr ganz der Fall (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich möchte auf ein paar Punkte eingehen, wo ich persönlich angesprochen worden bin. Wir haben es im Moment mit einer Gesellschaft zu tun, die positiverweise unheimlich viel über Individualrechte diskutiert. Aber es gibt schon viele Menschen, die das Gefühl haben, dass die Gemeinschaft, die Rechte der Gemeinschaft schon sehr verletzt werden und diese Diskussion wird man vielleicht einmal führen müssen und ich bin ja durchaus froh, dass ich ein Thema wieder angeschnitten habe, das solche Emotionen wachruft, weil jedes Mal, wenn ich das tu, dann gehen wir der Sache ein bisschen mehr auf den Grund. Und, Frau Gemeinderätin Edlinger, wenn Sie sagen, man sollte halt darüber reden und man kann das vorzeitig tun, dann würde ich mir halt auch erwarten, dass, wenn wir in der Stadt Graz ein solches soziales Problem haben wie das am Hauptplatz, die zuständige Sozialrätin hier nicht nur einmal Dampf ablässt und dann weg ist, sondern auch den Sozialausschuss einberuft und dieses Thema einmal im Sozialausschuss ernsthaft diskutiert mit allen Pros, Kontras und Maßnahmen (*Applaus ÖVP*). Es haben auch auf Landesseite nicht ein paar ÖVP-Funktionäre darüber nachgedacht, ob ein Landessicherheitsgesetz möglich ist oder nicht, sondern der Verfassungsdienst des Landes Steiermark und der hat uns mitgeteilt, dass zum Beispiel das unter sozialdemokratischer Gesinnung verabschiedete Landessicherheitsgesetz in Wien verfassungswidrig ist und wir einen solchen Fehler in der Steiermark gar nicht begehen wollen. Aber wir suchen Maßnahmen, auch kleine Schritte, um weiterzukommen (*Applaus ÖVP*). Ich bekenne mich, weil die Frau Stadträtin Kaltenbeck-Michl das gesagt hat, hundertprozentig zu den Aussagen von Voltaire und es tut mir in der Seele weh, wenn ich sehen muss, wie junge Menschen, ob sie 17,19, 21 usw. sind, da hier am Hauptplatz übernachten in einem solchen Zustand sind und die meisten zu mir dann schon sagen, ich glaube überhaupt nicht, dass wir noch eine Chance haben, diese jungen Menschen wieder auf einen richtigen Weg zu bringen. Das tut weh, aber hier haben wir heute eine Debatte darüber gehabt, ob man auch Grenzen setzen will oder ob man keine Grenzen setzen will. Meine Fraktion und auch ich gehen davon aus, dass ab einem gewissen Grad eine Grenze einmal zu ziehen ist (*Applaus ÖVP*). Und wenn ich verglichen werde mit Herrn Bürgermeister Alfred Stingl, und ich schätze ihn und ich schätze auch seine Sozialpolitik, aber es hat auch in den letzten Jahren sehr oft schon in der Bevölkerung die Frage gegeben, nebst der Zustimmung, dass er den sozialen Weg sucht, dass es keine Grenzziehungen mehr gibt auch in vielen anderen Fragen, und

ich werde als Bürgermeister meine Meinung auch in Zukunft hier vertreten. Und, Herr Gemeinderat Getzinger, wenn Sie mir erzählen wollen, dass die international Studierenden das nicht zum Thema gemacht haben, ich habe Sie nur gefragt und nicht einen, sondern eine ganze Gruppe davon, einer, ein Ungar, hat es nur ins Gespräch gebracht und alle anderen haben dem zugestimmt, die ich in dieser Nähe hatte. Fragen Sie mich nicht genau, wie viele das waren, aber es war knapp ein Dutzend, die gesagt haben, das haben sie noch nirgends gesehen, das können sie sich nicht vorstellen, wie können wir das in dieser schönen Stadt zulassen, ihr tut ja auch was dafür, die sind ja schon länger da, die haben es ja verstanden. Auch das Thema der Bettler, das wir immer wieder in Graz haben, ist ganz die selbe Geschichte. Menschen kommen her, haben eine Momentaufnahme und sagen, das muss aber eine unsoziale Stadt sein, dass da so viele Menschen knien, wie sonst nirgendwo, das muss aber eine unsoziale Stadt sein, wenn die Jugendlichen am Hauptplatz da so verwaorlost herumhängen können und keiner was für sie tut. Dagegen wehre ich mich, weil das ist unser auch internationaler Ruf von Graz und den haben wir uns nicht verdient (*Applaus ÖVP*). Wir haben in unserem dringlichen Antrag heute drei Punkte drinnen und da sind alle drei Problembereiche angesprochen. Gibt es die Möglichkeit, dass der Landesgesetzgeber oder der Bundesgesetzgeber etwas tut, gibt es die Möglichkeit, dass wir mit einer Verordnung etwas tun können und was können wir noch alles tun, damit wir die soziale Komponente nicht aus den Augen verlieren? Und glauben Sie mir, wenn wir den Weg so fortsetzen, wie wir ihn jetzt gehen, ist in erster Linie auch jenen Menschen, über die wir heute gesprochen haben, wirklich nicht geholfen und ich habe schon eines erlebt in den letzten Monaten, und das bitte ich schon noch einmal wirklich ernst zu nehmen, ein Alkoholverbot am Brunnen würde bewirken, dass sie entweder vom Brunnen weggehen oder, und das wäre mir noch viel lieber, dass manche von Ihnen sitzen bleiben, weil ich habe kein Problem damit, dass da einer rote, gelbe oder grüne Haare hat, ich habe auch kein Problem, dass er anders gekleidet ist als ich. Ich habe nur dann ein Problem mit ihm, wenn er durch den Alkoholkonsum, den wir ihm ermöglichen, in einen Zustand kommt, wo er wieder andere in ihrer Freiheit beschränkt oder sogar verletzt und darüber hinausgeht (*Applaus ÖVP*). Und zum Schluss möchte ich vor allem der Kollegin Kaltenbeck-Michl eines ganz deutlich sagen. Sie fürchtet sich vor Menschen, die sagen, was normal ist, dann fürchtet Sie sich vor mir, weil ich sage Ihnen, was für mich normal ist und was für mich nicht

normal ist. Es ist für mich nicht normal, wenn wir Hundewelpenbabys mit Bier füttern, es ist für mich nicht normal, wenn wir Polizisten verletzen, es ist für mich nicht normal, wenn im Rathaus Türen eingetreten werden, es ist für mich nicht normal, wenn Leute angeschrien und beschimpft werden, es ist für mich nicht normal, wenn Fahrgäste im Regen keinen Unterschlupf finden, weil andere sie besetzt haben, ich finde es nicht normal, wenn der Brunnen zur Müllhalde wird, ich finde es nicht normal, dass uriniert wird in den Brunnen und vieles mehr.

Zwischenruf unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Nein, das könnte ich Ihnen noch fortsetzen (*Applaus ÖVP*) und das ist für mich, wenn sich jemand so verhält, nicht normal und dabei bleibe ich und das werde ich auch so umsetzen (*Applaus ÖVP*).

2) Dienstbeginn Reinigungspersonal

GRin. **Meisslitzer** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Meisslitzer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Die Qualität der Reinigung unserer städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen, die durch Mitarbeiterinnen der Liegenschaftsabteilung durchgeführt wird, ist unbestritten ganz ausgezeichnet. Dies kommt sicherlich auch daher, dass dieses Reinigungspersonal mit sehr großem Engagement arbeitet und auch Freude hat, Kindergärten, Horte und Krabbelstuben zu reinigen.

Aber für mich ist es sehr bedauerlich, dass dort solche erschwerenden Rahmenbedingungen die Arbeit behindern, denn Sie müssen sich vorstellen, ein Teil

dieses Reinigungspersonals muss bereits um 4 Uhr früh mit der Arbeit beginnen und dabei trifft es natürlich primär Frauen, die meist zudem fast nur teilzeitbeschäftigt sind. Was dieser frühe Arbeitsbeginn tatsächlich bedeutet, kann wohl nur jemand nachvollziehen, der selbst davon betroffen ist: Denn, wie wir alle wissen, gibt es zu dieser frühen Stunde kein öffentliches Verkehrsmittel. Und angesichts da auf Grund der Teilzeitbeschäftigung eine eher geringe Entlohnung zu erwarten ist, ist es natürlich auch für diese Beschäftigten nicht möglich, sich ein eigenes Auto zu leisten, um damit zu diesem Dienst zu kommen. Und wenn ich jetzt überspitzt formuliere: Hätten sie dieses Geld, wären sie nicht auf einen halbtägigen Putzjob mit Arbeitsbeginn um 4 Uhr früh angewiesen. Und daraus ist die Folge ganz klar: Mangels anderer Alternativen sind oft die Angehörigen, sprich die Väter, Mütter, Freunde, Ehepartner, Lebensgefährten angehalten, diese Kolleginnen um 4 Uhr früh oder noch früher zur Arbeit zu bringen. Was natürlich eine zusätzliche familiäre und finanzielle Belastung mit sich bringt.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, im Rahmen Ihrer Koordinierungskompetenz die

A n f r a g e ,

ob Sie bereit sind, für die betroffenen DienstnehmerInnen eine adäquate Lösung zu suchen, wie dieser Dienstbeginn vor Betriebsbeginn der öffentlichen Verkehrsmittel bewältigbar ist, sei es nun durch die Beistellung eines Sammel-Taxi-Systems oder auch durch einen Abholdienst durch städtische Dienstfahrzeuge? (*Applaus SPÖ*).

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Parkkarten für Messezeiten

GR. **Eichberger** stellt folgende Anfrage:

GR. **Eichberger**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Mitglieder des Stadtsenates, liebe Kolleginnen, liebe Kollege des Gemeinderates! Ich weiß, dass nach dieser stundenlangen Diskussion um das brennende Thema der Punks ein bisschen die Luft draußen ist, aber ich hoffe trotzdem, dass Sie mir in etwa doch zuhören. Es geht mir um die Parkkartenausgabe für Messeanrainer. Wie Ihnen sicherlich nicht unbekannt ist, leidet der Bezirk Jakomini recht stark unter der nicht vorhandenen Parkplatz- beziehungsweise Verkehrslösung, und speziell während der Messezeiten gibt es hier besondere Belastungen für die Bewohnerinnen und Bewohner rund um das Messeareal. Das Messeaufkommen ist zwar nicht so groß, aber sehr wohl leider das Verkehrsaufkommen und aus diesem Grund hat der Bezirksrat auch damals noch, als ich Bezirksvorsteher war, vor ungefähr 17 Jahren gemeinsam mit der Grazer Messe und dem Österreichischen Wachdienst hier eine Lösung gefunden, um diesen Messeanrainern etwas zu helfen und entgegen zu kommen, weil, wie Sie vielleicht wissen, ja die Parkplätze rund um das Messegelände durch Ausstellerparkplätze und Besucherparkplätze voll besetzt sind, dass es hier zu einem Ausgleich kommt und konnten wir erreichen damals im Bezirksrat, dass es hier diese Aktion gibt, wo betroffene Messeanrainer einfach hier Parkplatzplaketten bekommen, um auf öffentlichem Gut hier parken zu können, um wenigstens eine gewisse Hilfestellung ihnen zu bieten. Auch im heurigen Jahr, und wie gesagt, seit 17 Jahren existiert diese Aktion, und jedes Mal zur Messe konnten zumindest rund 100 bis 150 Bewohnerinnen und Bewohner diese Genehmigung zum Parken erhalten und man hat ihnen unzählige Kilometer Park-Such-Verkehr beziehungsweise Zeiten des Parksuchens erspart. Auch im heurigen Jahr wurde diese Aktion wieder gestartet, eine gemeinsame Aktion aller fünf im Bezirksrat vertretenen Fraktionen, und der Bezirksvorsteher erhielt für diese Aktion insgesamt 35 Ausnahmegenehmigungen für die Messeanrainer. Es ist üblich, dass dann die Bevölkerung mittels Anschlag über die Ausgabe dieser Parkplatzplaketten informiert wird und dann im Bezirksamt diese Parkplatzplaketten auch abholen kann. Und jetzt heuer auf einmal vor wenigen Woche, vor Beginn, wie gesagt, der Frühjahrsmesse mussten sehr viele Bewohnerinnen und Bewohner mit Befremden feststellen, dass in

denselben Häusern, wo also der Bezirksvorsteher seinen offiziellen Aushang hinsichtlich der Ausgabe dieser Parkplatzplaketten aufgehängt hat, in denselben Häusern einige Stunden später ein zusätzliches Plakat angebracht wurde, nämlich ein Aushang der ÖVP-Bezirksratsfraktion, wo im Besonderen darauf hingewiesen wurde, abgesehen davon, und die Kolleginnen der ALG demonstrieren auch die Größe dieses Anschlag, wurde in diesen Häusern also ein zweiter Anschlag angebracht mit dem Hinweis, dass es der ÖVP-Bezirksratsfraktion dank ihrer guten Kontakte des Herrn Stadtrates Dr. Rüschi zum Herrn Messepräsidenten Dr. Held gelungen ist, zusätzliche 50 Parkplatzberechtigungskarten zu ergattern. Soweit so gut, im Sinne einer besseren Lösung und einer zufriedenstellenden Lösung für die betroffene Bevölkerung im Bezirk Jakomini. Dagegen wäre ja nichts zu sagen, wenn es engagierte, dynamische junge ÖVP-Bezirksratsmitglieder gibt, die hier sich das herausholen, aber nur der Wunde Punkt und das Tüpfchen auf dem i war dann natürlich Folgendes, dass diese 50 Parkplatzplaketten nicht jetzt dem Bezirksvorsteher übergeben wurden zur gemeinsamen Ausgabe, sondern nein, der ÖVP-Bezirksvorsteherstellvertreter hat in seinem Anhang auch kundgetan, dass er eine Stunde vor Beginn der offiziellen Parkplatzkartenausgabe diese ÖVP-Bezirksratsaktion durchführt. Sie können sich jetzt ungefähr vorstellen, was in den Köpfen der Bevölkerung, der betroffenen Leute dort vor sich geht, wenn die auf einmal in ihren Hausfluren zwei Anschläge vorfinden, einen offiziellen, einen von einer Partei in diesem Bezirk, einer eine Stunde früher, einer eine Stunde später. Ich denke mir nur, wenn das jede Fraktion so machen würde, würden die Anschlagbretter oder die schwarzen Bretter in den Hausfluren nicht ausreichen, weil dann hätte man unter Umständen fünf verschiedene Ausgaben zu fünf verschiedenen Zeiten.

Und aus diesem Grund, sehr geehrter Herr Bürgermeister, möchte ich schon auf diesen Schildbürgerstreich, die Kolleginnen und Kollegen der ÖVP würden ja nicht von einem Schildbürgerstreich sprechen, sondern die würden ja eher von einer Ungeheuerlichkeit oder von einem Skandal sprechen, was ich ja nicht in den Mund nehme, ist es natürlich so, dass ich Sie schon darauf aufmerksam machen möchte auf eine koordinierte Verteilung dieser Ausnahmegenehmigungen, weil ansonsten natürlich diese gesamte Aktion in Frage gestellt ist, wenn niemand weiß, wer hat schon eine Parkplatzplakette bekommen und wer nicht und so sind möglicherweise viele

durch den Rost gefallen. Aber nicht nur dieser Alleingang der ÖVP-Bezirksratsfraktion wirft hier Schatten voraus, sondern darüber hinaus hätte ich in dem Zusammenhang schon einige Fragen, die nicht nur uns von der sozialdemokratischen Partei bewegen, sondern vor allem also auch die Bewohnerinnen und Bewohner des Bezirkes Jakomini, inwieweit sich die Messe, und da spreche ich speziell Sie, Herr Bürgermeister, auch in Ihrer Funktion als Aufsichtspräsident an, wie weit jetzt die Messe als Vorfelderorganisation der ÖVP ist, dass es hier auf Grund der guten Kontakte eines Stadtrates zum Herrn Messepräsidenten hier ein Zubrot an Karten gibt und wie es überhaupt dazu kommen kann, dass ein Stadtrat... Und ich danke ihm diesbezüglich, wissend anscheinend, dass es um die Parkplatzgestaltung und Verkehrslösung im Bezirk nicht gut bestellt ist, dass hier zusätzlich durch ein Engagement seinerseits noch zusätzlich Parkkarten locker macht, die aber speziell einer Fraktion zur Verfügung steht und nicht dem Bezirksrat als Institution zur Ausgabe, also dass hier eine Partei besonders bevorteilt wird, nämlich eben seine Bezirksratsfraktion und die Frage auch, wenn es hier Alleingänge der ÖVP-Bezirksratsfraktion gibt, machen die jetzt eine eigene Fraktion und sind die jetzt ein eigener Bezirksrat innerhalb des Bezirkes Jakomini? Oder die andere Frage, die natürlich auch, und das hat zusammengepasst mit der Bundespräsidentenwahl, wollte man mit diesem großen Aushang, dass eine ÖVP-Bezirksratsfraktion hier sehr aktiv ist, unter Umständen auch noch die eine oder andere Wählerstimme erheischen oder die andere Frage, die sich in dem Zusammenhang natürlich auch stellt, werden jetzt in Zukunft auf Gutdünken hin oder auf Grund der Stärke oder auf Grund der Höhe des Wasserstandes der Mur oder nach welchen Kriterien immer, hier einfach nach Gutdünken Parkplatzkarten ausgegeben oder, und das hoffe ich, dass es eher in diese Richtung geht, war es unter Umständen ein Alleingang eines sehr ambitionierten, engagierten, übereifrigen Bezirksmandatars, der sich hier einfach profilieren wollte und dem hier dieser Fauxpas passiert ist?

Zwischenruf unverständlich.

GR: **Eichberger**: In diesem Sinne, und ich komme schon zum Ende, Herr Kollege, nein, wir haben jetzt auch sehr lange zugehört ob Ihrer Wortmeldungen und ich melde mich nicht so oft zu Wort und ich glaube nicht, dass es hier eine Zeitbeschränkung gibt hinsichtlich des Motivenberichtes, aber, um Sie zu beruhigen, ich komme jetzt bereits zu meiner Anfrage, die folgendermaßen lautet:

In diesem Sinne stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion die

A n f r a g e ,

ob Sie bereit sind, solche Unsinnigkeiten und Doppelgleisigkeiten, die letztlich eine wirklich effiziente und auch gerechte Unterstützung der anrainenden Bevölkerung konterkarieren, im Rahmen ihrer Koordinierungskompetenz und auch als Aufsichtsratsvorsitzender der Messe abzustellen (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Geschätzter Herr Gemeinderat! Ich habe Sie auch als Bezirksvorsteher im Bezirk Jakomini immer schon bewundert, weil Sie mit Enthusiasmus, mit Begeisterung und mit sachlicher Lösungskompetenz an die Dinge herangegangen sind. Jetzt im Gemeinderat kommen Sie mit einer mündlichen Anfrage an mich, wo ich mir einfach denke, dass ich gleich was dazu sagen muss und möchte, weil es, auch seitdem Sie im Gemeinderat sind, im Bezirksrat Jakomini große Probleme gibt. Die sind mittlerweile so groß geworden, dass wir jetzt über das Präsidialamt bei der nächsten Sitzung auch schon einmal juristischen Beistand leisten müssen, damit die Bezirksratssitzungen ordentlich abgeführt werden. Und ich möchte drauf verweisen, ich kenne nicht den gesamten Inhalt, aber es gab ein paar Diskussionen. Ich fange vielleicht damit an, wie ich es vor zwei Jahren erlebt habe, und es hat mich ein bisschen damals geschockt und verwundert, weil da hat man auch nicht in der Gemeinsamkeit im Bezirksrat agiert, sondern ich war bei einer Ehrung, bei einer Goldenen Hochzeit und wie ich hinunterkomme in den Bezirk Jakomini sehe ich auf einmal auf den Türen überall angeschlagen einen Brief des

Bezirksvorstehers Argiris, der namens des Bezirksrates mitteilt, dass der Herr Stadtrat Rüscher de facto seiner Aufgabe, die Bevölkerung rund um die Messe zu versorgen, nicht nachkommt. Ich habe mich damals fürchterlich darüber geärgert, weil er das auch namens des Bezirksrates gemacht hat und der Herr Kollege Rüscher dort wirklich in Verruf gekommen ist, er würde sich nicht drum kümmern. Da ist wirklich darüber geredet worden. Diesmal waren alle fleißig und vielleicht auch der Bezirksvorsteherstellvertreter, der zitiert ist von Seiten der ÖVP, Kraxner, der gesagt hat, ich will nicht noch einmal, dass etwas daneben geht, und ist auch zur Messe gegangen und hat sich zusätzlich Karten geholt und es gab eine heftige Diskussion im Aufsichtsrat, wie Vizebürgermeister Walter Ferk den Herrn Messepräsidenten quasi mit ähnlichen Vorwürfen, wie Sie es jetzt getan haben, ist das eine Vorfeldorganisation der ÖVP etc. konfrontiert hat. Der Herr Messepräsident Guido Held ist dort aber ordentlich explodiert, wenn ich das so sagen darf und hat dort eine deutliche Stellungnahme abgegeben, dass es ihm eigentlich gleichgültig und wurscht ist, wer herkommt und sich dort Karten abholt, wenn er der Bevölkerung helfen kann, will er helfen. Bitte, das nicht als eine Vorfeldorganisation der ÖVP sehen, ich glaube, dass ja auch die Vertretung gerade Ihrer Fraktion in der Messe durchaus eine gute ist. Ich würde mir wünschen, wenn wir insgesamt im Bezirk Jakomini und im Bezirksrat wieder besser miteinander arbeiten würden und hoffe, dass das, was wir jetzt vorhaben, dann einmal gemeinsam auch fruchten wird. Aber ich bin auch gerne bereit, da noch einmal zu koordinieren, im Moment aber, auch als Aufsichtsratsvorsitzender der Messe, haben wir das dort klar ausdiskutiert, es war eine heftige Wortmeldung vom Herrn Messepräsidenten, weil er gesagt hat, ich lasse mir das nicht unterstellen, er bemüht sich wirklich, für alle Fraktionen ein offenes Ohr zu haben und genau zuzuhören, wenn es Probleme gibt, er hat dort nicht in schlechter Absicht gehandelt, sondern er hat gesagt, da kommt ein Bezirksvorsteherstellvertreter, der Karten braucht, und er gibt sie gerne her, wenn sie wirklich der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden. Aber begonnen hat das Spielchen leider schon ein Jahr zuvor und ich glaube, das sollte man abstellen. Es wäre schön, wenn der Bezirksrat gemeinsam vorgeht (*Applaus ÖVP*).

GR. **Eichberger**: Vorweg darf ich mich bedanken für das Lob und die Anerkennung für meine Tätigkeit als Bezirksvorsteher. Nur es stimmt schon, es gibt Ungereimtheiten momentan im Bezirk Jakomini im Bezirksrat, wobei es hier aber nicht darum geht, hier Schuldzuweisungen zu machen, wer den ersten Stein geworfen hat, ich gebe Ihnen Recht, es wäre sinnvoll, dass es hier zu einer Lösung kommt und zu einer guten Zusammenarbeit. Faktum ist aber, dass es heuer erstmals passiert ist, mag es auch sein und Sie haben es auch in diese Richtung gebracht, dass es eine Art Retourkutsche war auf eine Aktion des Kollegen Argiris hin, aber nur das ist halt auch nicht die Form, die ich mir vorstelle, dass einfach eine andere Fraktion hier bevorzugt wird und es einfach auch, und ich bitte Sie, Herr Bürgermeister um Verständnis, dass wir uns ja alle in den Augen der Bevölkerung lächerlich machen, wenn wir dort zwei Zettel aufhängen. Ich freue mich über das Engagement des Kollegen Kraxner, wenn er zusätzlich was herausholt, ich freue mich auch über den Einsatz des Herrn Stadtrat Dr. Rüschi, aber dann bitte eine gemeinsame Handlung unter der offiziellen Herrschaft des Bezirksrates, aber bitte keine Einzelaktionen. Und in dem Sinn meine Zusatzfrage an Sie, dass Sie wirklich einerseits darauf achten, dass diese Aktion in dieser Doppelgleisigkeit nicht ein zweites Mal stattfindet und dann auch meine Bitte, dass Sie hier, und meine Frage in diese Richtung, inwieweit Sie auch bereit sind, wenn es schon eine parteipolitische Aktion ist und das war sie heuer unbestritten, dass dann die Ausgabe dieser ÖVP-Parkplatzplaketten nicht in den Räumlichkeiten des Bezirksamtes passieren und letztendlich auch nicht Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bezirksamtes zu Handlangern von ÖVP-Bezirksvorsteherstellvertretern werden. Das bitte und die Frage an Sie, ob Sie auch diesbezüglich bereit sind, hier einzuwirken, dass das in Zukunft unterbleibt (*Applaus SPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Fragestunde nicht, aber eine klare Antwort. Ich wünsche mir ein gemeinsames Vorgehen, die Messe ist ein Unternehmen im öffentlichen Besitz, die Kollegin Kahr hat das auch gerade gesagt, da geht es quasi, auch wenn es Gutscheine oder sonst etwas gibt, um öffentliche Mittel und die hat der Bezirksrat möglichst gemeinsam zu verteilen. Und das sollten, auch wenn es ehrgeizige Stellvertreter oder Bezirksvorsteher sind, sich das gemeinsam hinter die Ohren

schreiben und auch gemeinsam vorgehen, dann wäre das gut. So werden wir das tun. Dankeschön (*Applaus ÖVP*).

Zwischenruf GR. Herper: Vollkommen richtig, Herr Bürgermeister.

4) Gedenktafel für den Schauspieler und Antifaschisten Karl Drews

GRin. **Kahr** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Kahr**: Sehr geehrte Damen und Herren! Bereits im Jahre 1988 wurde vom interfraktionellen Komitee die Benennung einer Straße nach dem Grazer Regisseur und Schauspieler Karl Drews vorgeschlagen. Karl Drews, der sich bereits Anfang der Dreißigerjahre der Arbeiterbewegung verbunden fühlte, ging nach dem Einmarsch der Hitlertruppen in die Emigration, aus der er jedoch bald zurückkehrte und sich dem antifaschistischen Widerstand anschloss. Als Versicherungsbeamter getarnt reiste er im Land umher und schuf eine steirische Widerstandsorganisation gegen Krieg und Nazismus. Die Verbindung mit Wien wurde ihm und seinen Mitstreitern jedoch zum Verhängnis. Im Februar 1941 wurde er von der Gestapo verhaftet und im Oktober 1942 hingerichtet.

16 Jahre nach diesem Vorschlag des interfraktionellen Komitees ist es in Graz immer noch nicht zu einer Straßenbenennung nach Karl Drews gekommen. Dabei wäre dies angesichts des bevorstehenden 60. Jahrestages der Befreiung Österreichs vom Hitlerfaschismus besonders sinnvoll.

Ich richte deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens der KPÖ-Gemeinderatsfraktion folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, sich an die Leitung der Vereinigten Bühnen mit dem Ersuchen zu wenden, an der Außenfassade des Schauspielhauses eine Gedenktafel für den von den Nazis ermordeten Karl Drews zu errichten?

Dies sollte kein Ersatz für eine Straßenbenennung, sondern eine erste öffentliche Würdigung dieses mutigen Grazer Schauspielers sein (*Applaus KPÖ*).

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Ausschreibung der mobilen Pflegedienste

GRin. **Kahr** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Kahr**: Die zweite Anfrage betrifft die mögliche Ausschreibung der mobilen Pflegedienste in Graz. Die mobile Pflege in Graz soll nicht wie bisher durch die bestehenden Pflegeorganisationen durchgeführt, sondern nach einer Ausschreibung an den Bestbieter vergeben werden. Als Grund dafür wird das neue Bundesvergabegesetz angegeben, das eine Ausschreibung nötig macht.

Bisher haben die Pflegeorganisationen in Graz ihren Dienst zum Wohle der Patienten gut erfüllt, was auch durch die Qualitätskontrollen der Stadt bestätigt wurde.

Die kürzere Verweildauer in den Krankenhäusern erhöht die Bedeutung einer qualitätsvollen Hauskrankenpflege.

Durch Ausschreibungen werden aber die Pflegeorganisationen gezwungen, Kostenerwägungen vor die Sorge um die Erhaltung der Qualität dieser Hauskrankenpflege zu stellen. Das kann auch durch die besten Vorgaben in den Ausschreibungsbedingungen nicht zur Gänze verhindert werden.

Durch die mögliche Übernahme der mobilen Dienste durch große überregionale Anbieter droht ein Zurückdrängen des regionalen Bezuges in der Pflege und der Verlust zahlreicher Arbeitsplätze – vor allem für Frauen.

Ich richte an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens meiner Fraktion folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, so bald wie möglich einen runden Tisch über Alternativen zur Ausschreibung der mobilen Pflegedienste einzuberufen, der unter Einbeziehung der betroffenen Einrichtungen stattfinden soll? (*Applaus KPÖ*).

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Jetzt darf ich zu den Anfragen von Gemeinderat Martin Khull-Kholwald kommen und ihn bitten, gleich eine nach der anderen vorzutragen. Und bevor er beginnt, möchte ich die Gruppe jugendlicher Zuhörerinnen und Zuhörer, die gekommen ist, ganz, ganz herzlich hier im Gemeinderatssaal begrüßen. Herzlich willkommen (*Allgemeiner Applaus*).

6) Skateranlage Volksgarten

GR. **Khull-Kholwald** stellt folgende Anfrage:

GR. **Khull-Kholwald**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Im Grazer Volksgarten wurde eine kleine Skateboardfahrersportanlage aus Beton gebaut. Sie wurde mittlerweile nicht nur für Skateboardfahrer, sondern auch für viele Zuschauerinnen und Zuschauern zu einem beliebten Treffpunkt im Park.

Kommt nun ein Skateboardfahrer bei bestimmten Manövern zu Sturz, so ist es manchmal unvermeidlich, dass das Skateboard aus der Anlage heraus mit hoher Geschwindigkeit geradezu herausschießt. Gefährliche Momente, vor allem für zusehende Kinder, sind somit nicht auszuschließen.

Um mögliche Unfälle zu verhindern, ist ein mindestens 150 cm hoher Sicherheitszaun, beginnend bei der Auffahrtsrampe entlang der Außenkante der Anlage bis hin zur Zugangstreppe zu errichten. Außerhalb der Abzäunung ist so ein gefahrloses Zusehen möglich. Mit geeigneten Hinweistafeln sind die Zuschauer darauf aufmerksam zu machen, dass ein sicheres Zuschauen eben nur hinter dem Zaun möglich ist.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass die oben vorgeschlagenen Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit der Skateboardsportanlage im Grazer Volksgarten ehebaldigst umgesetzt werden können? (Applaus KPÖ).

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Linie 36 – Tiefentalweg – Verkehrssicherheit

GR. **Khull-Kholwald** stellt folgende Anfrage:

GR. **Khull-Kholwald**: Die nächste Anfrage spielt sich sozusagen ab mehr oder weniger am Rande unserer Stadt und zwar im Bereich Tiefentalweg – Neufeldweg. Südlich der Einmündung des Tiefentalwegs in den Neufeldweg befindet sich in

Fahrtrichtung stadtauswärts die Haltestelle „Tiefentalweg“ der Buslinie 36. In Fahrtrichtung stadteinwärts befindet sich keine Bushaltestelle. Statt dessen befindet sich schräg gegenüber der von mir genannten Bushaltestelle zirka 70 Meter entfernt davon eine Fußgängerunterführung. Die Fußgängerunterführung dient den Menschen, die östlich der Bahn wohnen, dazu, die Bushaltestelle zu erreichen.

Leider endet die Fußgängerunterführung drei Meter von der Straße entfernt auf einer Wiese. Weder ein Gehsteig auf der Ostseite des Neufeldweges noch ein Schutzweg verbinden die Haltestelle der Linie 36 mit der Fußgängerunterführung auf der anderen Seite der Straße.

Da gerade an dieser Stelle des Neufeldweges fast alle Autos nicht mit den vorgeschriebenen 50 km/h unterwegs sind, sondern bis zu 90 km/h schnell fahren, ist es unumgänglich, die Fußgängerunterführung mittels eines Zaunes von der Fahrbahn zu trennen und die Bushaltestelle mit einem Schutzweg mit der Unterführung sozusagen zu verbinden.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens der KPÖ - Fraktion folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass die Haltestelle „Tiefentalweg“ der Buslinie 36 mit der gegenüber liegenden Fußgängerunterführung so verbunden wird, dass den Fußgängern an dieser Stelle ein gefahrloses Queren des Neufeldwegs möglich ist und auch dafür, dass Organe der Bundespolizeidirektion Graz hier bald und regelmäßig Geschwindigkeitsmessungen durchführen? (*Applaus KPÖ*).

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Geh- und Radwegenetz in Puntigam

GR. **Khull-Kholwald** stellt folgende Anfrage:

GR. **Khull-Kholwald**: Die dritte Anfrage beschäftigt sich mit dem Problem, dass es in Puntigam weite Strecken gibt, wo es an Gehsteigen mangelt, aber auch gerade das Fahrradwegenetz nicht allzu gut bestückt ist. Ich beginne mit einem Zitat: „Es ist Ziel der Planung, ein in sich geschlossenes Fußwegenetz zu konzipieren, das sich an den potentiellen Fußgängerquellen und –zielen orientiert. Das heißt, dass diese Bedarfsschwerpunkte grundsätzlich durch Radiallinien zu erschließen sind, die wiederum großräumig betrachtet Radial- und Ringrouten ergeben.“ Zitat Ende.

So äußerte sich Vizebürgermeister Erich Edegger am 9.6.1980 über die Planungsziele für ein Grazer Fußwegenetz. Interessant ist auch, was er damals über Radwege sagte: Zweites Zitat: „Das Ziel der Planung ist ein geschlossenes Radwegenetz, das aber nicht zwangsläufig mit dem übrigen Straßennetz übereinstimmen muss, da der Radverkehr von anderer Struktur als der Kraftfahrzeugsverkehr ist. So muss das Radwegenetz in seinen Margen möglichst den Luftlinien zwischen den Bedarfsschwerpunkten folgen, während man den Autos auch größere Umwege aufzwingen kann.“ Zitat Ende. Soviel aus dem Sachprogramm Verkehr aus dem Jahre 1980.

2004 sind wir in vielen Bezirken so weit von diesen Zielen entfernt, dass es höchst an der Zeit ist, einen neuen Anlauf zu unternehmen, um Graz gerade in den Randbezirken für umweltfreundliche Verkehrsarten attraktiver zu machen.

Es wollen ein paar auch zuhören, deswegen warte ich, bis ein bisschen Ruhe ist.

Ein besonders krasses Beispiel für fehlende Infrastruktur für Fußgänger und Fahrradfahrer ist der Bezirk Puntigam. Hier gibt es selbst an stark befahrenen Strassen, die allesamt durch Wohngebiete führen, zum Beispiel die Rudersdorferstraße, nicht einmal Gehsteige, geschweige denn Radwegeverbindungen. Selbst Bushaltestellen kann man zum Teil nicht gefahrlos über einen Gehsteig, sondern nur über einen schmalen Streifen zwischen Zaun und Fahrbahn erreichen.

Puntigam ist einer jener Bezirke, die besonders unter den negativen Auswirkungen des motorisierten Individualverkehrs zu leiden haben. Gerade deshalb erscheint es mir besonders wichtig, dass wir hier mit notwendigen Verbesserungen für den nicht motorisierten Verkehr beginnen!

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister namens der KPÖ-Fraktion folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass für den Bezirk Puntigam ein Fußgänger- und Radverbindungsnetz geplant und umgesetzt wird, um so zumindest für den Binnenverkehr im Bezirk und die Erreichbarkeit des Stadtzentrums ökologisch vertretbare Alternativen zum Motorisierten Individualverkehr anbieten zu können (*Applaus KPÖ*)?

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Ragnitzbad: Zusätzliche Förderung

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Fabisch**: Lieber Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es geht um das Ragnitzbad. Dieses Bad ist mit seinen 75 Jahren einer der ältesten Betriebe im Bezirk Ries. Nach der Schließung des Pammerbades in Waltendorf stellt es das einzige Freibad im Osten der Stadt dar.

Durch die jährliche Subvention der Stadtgemeinde in der Höhe von 11.900 € konnten in Verbindung mit den Eintrittserlösen unter anderem die Toiletteanlagen erneuert und schadhafte Teile der Filteranlage ausgetauscht werden. Diese Projekte

verschlungen beinahe 30.000 €, dazu kommen noch Bepflanzungen, die schön anzuschauen sind. Allein die kleine Kinderrutsche kostete fast 2000 €. Heuer wurden bereits 16.000 Euro investiert.

Der Betrieb kann nur Dank des unermüdlichen Einsatzes des Eigentümers, Herrn Ing. Honner, der selbst mit seinen 80 Jahren von früh bis spät an der Kasse sitzt, bewältigt werden. Ihm zur Seite stehen Verwandte und Freunde, die keinen materiellen Lohn aus ihren Arbeiten ziehen. Das zu Saisonende investierte Geld wird sofort für die Instandhaltung investiert. Lesungen bekannter Autoren bereichern das sportliche Angebot auch kulturell.

Dieses Bad verdient eine verstärkte Förderung durch die Stadt.

Daher komme ich zu meiner

A n f r a g e ,

die ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle:

Sind Sie bereit, einen Teil des Geldes, das für das Pammerbad gedacht war, zusätzlich für die dringend notwendigen Sonderausgaben des Ragnitzbades zur Verfügung zu stellen und damit seine Existenz abzusichern? (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke Herr Gemeinderat! In der Sorge um die Freibäder werde ich Ihnen auch geschäftsordnungsgemäß dann sagen, wie wir da vorgehen werden.

Mag. **Fabisch**: Eine kleine Bitte und Anregung. Der Herr Ing. Honner wird heuer 80 Jahre. Er stellt schon seit vielen Jahren und Jahrzehnten dieses sein Lebenswerk der Grazer Bevölkerung um Gottes Lohn zur Verfügung. Es wäre, glaube ich, ein sehr schönes Zeichen der Stadt Graz, ihm dafür Dank und Anerkennung, in welcher Form auch immer, zukommen zu lassen. Das würde ihn und sein Team sehr motivieren (*Applaus KPÖ*).